

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Feit“ mit „Siedluna und Ringarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauentimme“ erscheint wöchentlich zweimal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 9. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Die Fürstenfrage im Reichstag.

Sozialdemokratische Erklärung zum Hindenburg-Brief.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird bei Beginn der Beratung des Gesetzes über die Fürstenabfindung, der für heute oder, wahrscheinlicher, für morgen zu erwarten ist, zu der Briefaffäre Hindenburg-Loebell eine Erklärung abgeben.

Beschwichtigungsversuche des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion besaßte sich in ihrer gestrigen Sitzung, die nach der Sitzung des Plenums stattfand, mit der Frage des Volkstschritts und der Fürstenabfindung. Dabei gab die Fraktion der Hoffnung Ausdruck, daß der Gesetzentwurf, den die Regierung Marx zur Fürstenabfindung vorlegen wird, und der sich im wesentlichen auf die früheren Beschlüsse des Rechtsausschusses des Reichstages stützt, möglichst bald dem Reichstagsplenum überwiefen werde, damit seine Erledigung im Plenum schon vor dem 20. Juni stattfinden kann.

wird sich vielmehr von keinem Bestreben, die ganze Frage endgültig zur Lösung zu bringen, nicht abbringen lassen, selbst dann nicht, wenn die Volkspartei abspingren sollte.

Reichskanzler Marx empfing gestern nachmittag die Vertreter der Regierungsparteien zu einer Aussprache über den Regierungsentwurf für die vermögensrechtliche Auseinanderlegung mit den ehemaligen Fürstenhäusern.

Spaltung der Liberalen.

20 Stimmen für Lloyd George — 12 für Asquith.

London, 8. Juni. (W.B.) Die liberale Parlamentsfraktion hielt heute abend die erwartete Sitzung unter Lloyd George ab. 34 Mitglieder waren anwesend. Sir John Simon machte Mitteilung von dem Besuch, den er und der hauptteilnehmende der Partei bei Lord Oxford (Asquith) gemacht hatten um ihm über das Ergebnis der vorigen Sitzung der liberalen Parlamentsfraktion Bericht zu erstatten.

Ein Antrag, die Stelle der Entschliegung, die eine Mißbilligung des Verhaltens Lord Oxfords bedeutet, zu streichen, wurde mit zwanzig gegen zwölf Stimmen abgelehnt.

Die Annahme dieser Entschliegung bedeutet insofern ein Tadelssortum gegen Lord Oxford, als sie sich dagegen richtet, daß der Streit zwischen Lloyd George und Lord Oxford in der Öffentlichkeit ausgerollt wurde.

Eine Ueberbrückung der Gegensätze ist nunmehr in der Tat kaum denkbar. Der Bruch war innerlich zwischen den beiden Flügeln der Liberalen Partei bereits seit Beginn dieses Kampfes zwischen den beiden Hauptführern vollzogen.

mit seinen Getreuen versuchen wird, den Rest der Liberalen Partei einige Jahre lang noch als selbständige Gruppe zu halten. Mit dem gestrigen Tage hat sich die Tragödie des englischen Liberalismus erheblich zugespitzt und es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß diese noch vor wenigen Jahren so mächtige Partei mit jahrhundertelanger Tradition völlig zwischen Konservativen und Arbeiterparteiern aufgelieben sein wird.

Brasilien und Spanien.

Ueber die Absichten Brasiliens gegenüber dem Völkerbund herrscht noch völlige Unklarheit. Den Andeutungen der brasilianischen Zeitung „El Globo“, wonach Brasilien im Herbst nicht mehr in Genf erscheinen würde, sieht die Tagespresse gegenüber, daß in der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates Brasiliens wenn auch nicht durch Rello Franco persönlich, so doch durch seinen anderen Delegierten vertreten war.

Ebenso dunkel sind die Absichten Spaniens. Zum ersten Male seit Jahren nimmt bekanntlich der ständige Delegierte Quinones de Leon an einer Ratstagung nicht teil. Das wird vom spanischen Außenminister Panguas offenerherzig damit begründet, daß, nachdem die Mehrheit der Studienkommission gegen Spaniens Auffassung und für die Vorschläge von Lord Cecil gestimmt habe, Spanien kein dringendes Interesse daran habe, an dieser Tagung teilzunehmen.

Keine Verständigung im englischen Bergbau

London, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag sind zum ersten Male wieder die Führer der Bergarbeiter und die Vertreter der Bergbauunternehmer zu Verhandlungen zusammengekommen, die drei Stunden dauerten. Die Unternehmer haben bei dieser Gelegenheit den Bergarbeitern als Verhandlungsbasis vorgeschlagen, daß die vor dem Streik geltenden Arbeitsbedingungen weiterhin maßgebend sein sollen, aber an fünf Tagen der Woche acht Stunden, am Sonnabend sechs Stunden zu arbeiten.

London, 8. Juni. (W.B.) Im Unterhaus erklärte der Sekretär der Oberinspektion für das Bergwesen Lanevor in Beantwortung einer Anfrage, daß seit dem 15. Mai 110 ausländische Schiffe Kohlenladungen im Gesamtbetrag von 87 000 Tonnen in britischen Häfen entladen haben.

Der Wahlsieg Averescus.

Wahlterror und Minderheitenkorruption.

Bukarest, Anfang Juni. (Eigener Bericht.)

Die Wahlen sind beendet, alles hat seinen „normalen“ Verlauf im „konstitutionellen“ Land Rumänien wieder aufgenommen und Averescu ist „Sieger“. Wie ist nun dieser Sieg errungen worden?

Der Gendarmeriegeneral Stefanescu hat die Wahlkampagne der Regierung geführt, die hauptsächlich darin bestand, die Vertreter der Opposition am Betreten der Dörfer zu verhindern, zum Teil sie auch zu verhaften, und dann vielfach zu mißhandeln, in manchen Distrikten es ihnen überhaupt unmöglich zu machen, Kandidatenlisten einzureichen, und weitere solche Maßnahmen, die sich auch jeder nicht allzu phantasiereiche Leser denken kann, in beliebiger Zahl zu treffen.

Es würde zu weit führen, all den Terror, der vor und während der Wahlen ausgeübt wurde, hier zu schildern. Es muß genügen, wenn man alles in einigen Worten zusammenfaßt: Der Verkehr auf den Landstraßen war vollkommen gesperrt, um jegliche Propagandätätigkeit zu unterbinden, während die Vertrauensmänner der Opposition, der Reihenfolge nach, verhaftet und bis aufs Blut geschlagen wurden, um Schrecken in die Wählerchaft zu bringen.

So „siegte“ die Regierung. Und dennoch fiel ihr Sieg farg aus, der auch vollkommen ausgeblieben wäre, wenn nicht die Minderheiten sich dazu berufen gefühlt hätten, die Steigbügel der Reaktion zu halten. Es ist nunmehr statistisch nachweisbar, daß von 2 458 776 Stimmen die Regierung nur 1 319 218 oder 53,65 Prozent auf ihre Listen vereinigen konnte, gegenüber den 751 780 Stimmen der vereinigten Oppositionsparteien (Bauernpartei und Nationalpartei).

Welche Gründe bewogen nun die Führer der Minderheiten zu der Ungeheuerlichkeit, Stellung gegen die Demokratie zu nehmen und der reaktionären Regierung Averescu zu einem Sieg über das Land zu verhelfen? Sucht man in deren Presse, so wird lang und breit von allen möglichen Konzessionen gesprochen, die die Regierung den Minderheiten versprochen habe.

Es ist längst bekannt, daß den Großausbeutern und Industriellen, die in der sächsischen und schwäbischen Partei das Wort führen, wie auch den Bankensürken und Magnaten, die die magyarische Partei bederrschen, das soziale Programm der Bauernpartei und der Nationalpartei ein Dorn im Auge ist.

Die Averescu-Regierung aber, die soviel mit dem sächsischen Italien kokettiert und gern die Hilfe Russolins be nutzen würde, um mit Rußland zu einer Einigung zu ge-

langen — es wird dabei von einem Locarno des Ostens besonders viel gesprochen —, hat zunächst zeigen wollen, daß sie in Bessarabien besonders „beliebt“ ist. Dieses Ländchen zwischen Pruth und Dnestr ist während der Wahlen direkt verewaltigt worden, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, die so oft für die Bauernpartei bewiesene Treue nochmals zu bestätigen. Glaubt da jemand in Butarest im Ernst, daß von einem außenpolitischen Locarno die Rede sein kann, solange im Innern solche Wunden geschlagen werden und an ein innenpolitisches Locarno niemand an maßgebender Stelle denkt?

Von der Theiß bis zum Dnestr, von den Karpathen bis zur Donau herrscht tiefe Trauer im Land. Apereicu hat gesiegt, das Land ist besetzt worden. Die Klagen der Lebenden überdönen die der Toten. In seine Geschichte sich erinnernd wird vielleicht aber eines Tages auch der Rumäne die Hand an die Sense, wenn nicht an die Plinte, legen, um der Reaktion den Garau zu machen, mit ihren eigenen Mitteln, da andere nicht versagen. Bis dahin kann allerdings kein Herrscher, der Hohenzoller Ferdinand, während der wahren Schlachten, die seine Regierung gegen das Volk schlägt, weiter große Jagdpartien organisieren und auf der Donau Ausflüge machen.

Deutschnationale Ehrabschneider.

Der Geschäftsführer der Deutschnationalen wegen Verleumdung verurteilt.

Der Fürstenanwalt im Reichstag, Dr. Everling, spielte in der Strafsache gegen den Geschäftsführer der Deutschnationalen Partei, Dr. Weiß, eine einigermassen lächerliche Rolle. Er fand in seiner Erklärung und in seinem Plädoyer nicht genügend Worte der Entrüstung über den „Vorwärts“, der seinen Februarbericht über die verurteilte Gerichtsverhandlung „Deutschnationale Ehrabschneider“ betitelt. In Wirklichkeit erbrachte er nur den Beweis dafür, wie richtig der Titel gewählt war.

Die Deutschnationale Schriftensetzungsstelle S. m. b. H. gab für die letzte Reichstagswahl die Broschüre „Republikanische Rusterbeamte“ heraus. Als republikanische Rusterbeamte und Rusterhüter der Futtertrippe wurde unter anderem auch der Merseburger Landrat, Genosse Guse, genannt. Neben seinem Namen stand zu lesen: Feuerwerksleutnant, Deserteur, Strafverfahren wegen Hochverrats. Während der Wahlen wurde ihm diese Verleumdung entgegengehalten. Das auf seine Veranlassung gegen Dr. Weiß eingeleitete Strafverfahren wurde als unter die Amnestie fallend niedergeschlagen. Im Oktober bekam dann Genosse Guse auf Veranlassung dieser Verleumdung zu hören. Sie war auch in deutschnationalen Flugblättern zu lesen. Es kam ihm zu Ohren, daß die Broschüre nach wie vor Verbreitung fand. Da bestellte er sich fünf Exemplare durch die Buchhandlung Stollberg in Merseburg und erhielt sie auch wirklich zugesandt. In der ersten Gerichtsverhandlung im Februar erklärte der Angeklagte Dr. Weiß, daß ihn keine Schuld treffe, da er sofort nach der Vernehmung im ersten Verfahren den Befehl erteilt habe, die Verbreitung der Broschüre zu sperren.

Die gestrige Verhandlung ergab, daß Dr. Weiß seinen Auftrag angeblich an irgendeinen Hilfsbeamten telefonisch erteilt, und daß der Leiter der Verkaufsstelle von dieser Anordnung nichts erfahren hat. Die Broschüre soll der Schriftensetzungsstelle ohne irgendeinen Bemerk einoverleitet worden sein, konnte somit auch anstandslos weiter verhandelt werden.

Gericht — den Vorsitz führte Amtsgerichtsrat Dr. Gagi —, Staatsanwalt und Nebenkläger waren der Meinung, daß Dr. Weiß schuldig gehandelt und nichts unternommen habe, die weitere Verbreitung der Verleumdung zu verhindern. Dr. Weiß und sein Verteidiger Dr. Everling waren anderer Ansicht. Jener erklärte, daß er die Sozialdemokratie, die am Verlust des Krieges wie an der Revolution schuld sei, stets nur sachlich bekämpft habe; dieser stürzte sich mit der ganzen Inbrunst seines deutschnationalen Pathos auf das „korrupte System“ der Republik. Die Deutschnationale Partei lege besonderen Wert darauf, den politischen Kampf mit „blanken Waffen“ zu führen! Sofern die Behauptung der Broschüre

in Bezug auf den Nebenkläger Guse nicht richtig sei, wäre der Angeklagte bereit, eine entsprechende Ehren Erklärung zu geben. In Wirklichkeit aber bedeutete diese Ehren Erklärung nichts mehr und nichts weniger als eine neue Beschimpfung der Hunderte von Genossen, die in der Broschüre aufgezählt waren. Es hieß darin, daß die Verleumdungen, die gegen diese Genossen erhoben werden, richtig seien.

Gen. Guse lehnte jeden Vergleich ab. Dr. Everling glaubte darauf die Position des Verklagten dadurch erleichtern zu können, daß er sich den Inhalt der Broschüre zu eigen machte, die u. a. auch von Ebert, Braun, Severing, Solmann u. a. m. als von „Rustern der Futtertrippe“ und vom Reichstagspräsidenten Lobe als „bestrafte Minister“ spricht. Ein Arbeiter habe überhaupt nicht das Recht, im Staate irgendeine Rolle zu spielen.

Das Gericht übergibt die lächerlichen Ausführungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten mit Stillschweigen, und verurteilt Dr. Weiß laut § 21 des Preßgesetzes, gemäß dem Antrage des Staatsanwalts, zu 1000 M. Geldstrafe. Genosse Guse wurde außerdem das Recht der Publikation des Urteils in der „Deutschen Zeitung“, im „Vorwärts“ und im Kreisblatt in Merseburg zugesprochen.

Die kommunistische Niederlage.

Die „Rote Fahne“ über die Mecklenburger Wahlen.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei kann an der Tatsache der katastrophalen Niederlage in Mecklenburg beim besten Willen nicht mehr vorübergehen. Im alten Landtag verfügten die Kommunisten noch über neun Mandate gegenüber 15 Mandaten der Sozialdemokratie. Im neuen Landtag ist das Verhältnis 3:21. Während die Kommunisten also bisher mehr als halb so stark waren wie die Sozialdemokratie, ist ihr Einfluß jetzt auf ein Siebentel zusammengeschrumpft. Die „Rote Fahne“ muß deswegen auch feststellen, daß die Sozialdemokraten als einzige Partei im Wahlkampf erfolgreich abgeschnitten haben, und daß sie mit über 100 000 Stimmen im Landtag an der Spitze stehen.

Um diese Tatsache zu bemängeln, gibt das Zentralkomitee der SPD. eine langatmige Erklärung, die aber an den entscheidenden Dingen vollständig vorübergeht. Das Ansteigen des kommunistischen Einflusses war genau wie das Anwachsen der reaktionären Welle eine Inflationsercheinung. Seit der Stabilisierung der Verhältnisse ist die kommunistische Bewegung ständig fast ohne jede Unterbrechung zurückgegangen. Die furchtbare Arbeitslosigkeit hat ihr vorübergehend einen kleinen Auftrieb gegeben. Aber die Tendenz zum Rückgang hat nichts aufhalten können. Der Hinweis auf die besseren Presse- und Organisationsverhältnisse der Sozialdemokratie verfangt absolut nicht, denn in Mecklenburg verfügt auch unsere Partei nur über ein einziges Organ. Die Arbeiterschaft wendet sich eben immer mehr wieder der Sozialdemokratie zu, weil sie ihre Interessen wirklich vertreten sehen will und weil sie von dem hemmungslosen Radikalismus der Kommunisten sich nicht das geringste mehr verspricht.

Man kann niemandem zumuten, daß er sich selbst aufgibt. Beim Zentralkomitee der SPD. fehlen außerdem für solche Einsicht alle Voraussetzungen. Vielleicht sehen aber doch in einer stillen Stunde manche Kommunisten ein, daß die Rolle des Rätlers, der hinter der Sozialdemokratie herläuft, auf die Dauer keine Befriedigung bieten kann.

Angst vor der Kartellkontrolle.

Quertreibereien im volkswirtschaftlichen Reichstagsausschuß.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstags sollte am Dienstag über Maßnahmen zur Kontrolle der Kartelle verhandelt werden. Die sozialistische Reichstagsfraktion hat eine Entschließung dazu eingebracht, in der eine Reihe von Vorschlägen für die Kontrolle gemacht werden. Diese Entschließung stand zur Verhandlung. Aber es kam zunächst nicht dazu. Die Reichswirtschaftsministerium wünschte, daß erst die Verhandlungen der Enquete-Kommission und die Untersuchungen des kleinen

Kartell-Ausschusses beim Reichswirtschaftsministerium abgemakelt werden, ehe sich der Reichstag mit der Sache befaßt. Natürlich war dieser Wunsch das Stichwort der Rechtsparteien, um nun ihrerseits allerhand Schwierigkeiten zu konstruieren, die angelegentlich der Behandlung der Kartellfrage entgegenstehen sollten. Auffallenderweise fanden sie dabei die lebhafteste Unterstützung bei dem demokratischen Abg. Dr. Hummel. Dieser scheint nicht zu wissen, daß sein Reichstagskollege Schneider kürzlich in einer Konferenz in Cottbus die schwersten Angriffe gegen die Kartellpolitik gerichtet hat. Schneider verlangte die Abkehr von den Kartellen, wenn Abhilfe in der Wirtschaftslage geschaffen werden sollte.

Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss wandten sich zum Teil mit sehr scharfen Worten, gegen den neuen Versuch, die eminent wichtige wirtschaftliche Frage, die die Interessen von Millionen berührt, von der Verhandlung fernzuhalten. Der Antrag sei dem Ausschuss überwiesen worden und dieser hat die Pflicht, über ihn zu verhandeln. Der Reichstag dürfe sich nicht durch Verhandlungen, die an anderer Stelle stattfinden, daran hindern lassen, selbst zu der Kartellwirtschaft Stellung zu nehmen. Denn ehe der Enquete-Ausschuss zu einem Ergebnis kommen werde, würde wahrscheinlich eine lange Zeit vergehen. Es gelte aber bei den Verhandlungen im Reichstag zu untersuchen, inwieweit schon vor einer allgemeinen Änderung der Kartellgesetzgebung Einzelheiten gebessert werden könnten.

Diese Ausführungen verfehlten ihren Eindruck nicht. Die Vertreter der Zentrum schlossen sich der Vertagung auf unbestimmte Zeit nicht an; sie beantragten nur die Verhandlungen noch ein paar Tage auszusetzen, damit sie Zeit bekommen, erst einmal unter sich zu der von uns eingebrachten Entschließung Stellung zu nehmen.

Der Antrag, auf unbestimmte Zeit zu vertagen, wurde also gegen die beiden Rechtsparteien abgelehnt. Die Verhandlung über die sozialdemokratischen Vorschläge wird also in den nächsten Tagen beginnen.

Der Verfassungskampf in Bayern.

Die Pläne der Reaktion vorläufig gescheitert.

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Im bayerischen Landtag war am Dienstag nachmittag ein „großer Tag“. Es stand die entscheidende Abstimmung über den befohlenen verfassungsändernden Antrag der vereinigten Reaktion auf der Tagesordnung, die darauf abzielt, den monarchistischen Parteien weitere Machtpositionen einzuräumen. Bis zuletzt waren die Aussichten noch recht unsicher. Die Spannung stieg deshalb aufs höchste. Im letzten Augenblick wurde der Plan der Reaktion durch die Stimmhaltung des dem linken Flügel des Bauernbundes angehörenden Abgeordneten Klarhauser und die Rein-Stimme eines wilden Abgeordneten vereitelt. Die Verfassungstürker konnten die erforderliche Zahl von 86 Ja-Stimmen nicht erreichen. Die Abstimmung ergab 85 Ja, 37 Nein und eine Stimmhaltung. Unter dem lebhaften Brao und Händeklatschen der Linken verkündete der Präsident dieses Ergebnis, während die Drahtzieher des dunklen Planes wie begossene Pudel abzogen.

Uebernationaler Zollkampf.

Zu der Zischschlowatei.

Prag, 8. Juni. (WZ.) Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute der auch von dem Bund der deutschen Landwirte und den deutschen Christlichsozialen unterstützte Initiativantrag der tschechischen bürgerlichen Parteien, der feste Zölle für landwirtschaftliche Produkte an Stelle der gleitenden Zölle einführt, nach mehrstündiger Obstruktion der sozialistischen Parteien angenommen. Der Antrag gelangt in der morgigen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses als erster Punkt zur Beratung.

Der Abschluß des deutsch-dänischen Schiedsvertrages hat einen sehr freundlichen Briefwechsel des Reichsaußenministers mit dem stellvertretenden dänischen Außenminister Genossen Stauning verursacht.

Rudi.

Von Alfred Jrichke.

Rudi ist ein kleiner Proletenspaß — fünf Jahre alt, drei Köpfe hoch, mit einer Stubsnase im Gesicht, vergnügten Augen und blondem Haar. Sein Vater — der tagsüber im Afford in einer Fabrik schuftet — hat eine Laube gebaut, die steht draußen vor der Stadt, zwischen dem Kanal und einem kleinen Kiefernwald.

In einer hohen Stange flattert eine schwarzrotgoldene Fahne — sie flattert über einem grünen Meer. Blumen, Beerensträucher, Erdbeerbäume, keine Obstbäume und duftende Holunderbüsche stehen in dem Garten, in dem Rudi mit seinen Eltern den Sommer verlebt. Nach Feierabend kommt der Vater, hängt das Arbeitszeug an einen Nagel, läuft in Hemd und Hose herum, läßt sich die Knochen von der Sonne beschneiden und puffelt hier ein bißchen und dort ein bißchen. Und wenn die Sonne rotglühend hinter den Häusermassen der nahen Stadt verflinkt, legt er sich auf die Bant unter dem Holunderstrauch und spielt auf der Harmonika.

Abends glimmt eine kleine Lampe in der Laube. Des Nachts sind nur die Sterne über ihr. Vater, Mutter und Rudi schlafen. Die Fenster stehen offen und die kühle Nachtluft duftet nach Erde, Blättern und Holunderblüten.

Die drei schlafen. . . Bis irgendwo ein Hahn kräht. . . Bis Vater zu Arbeit muß. . . Dann besteigt Rudi sein Schiff. . . Das hat ihm der Vater gebaut. Aus Sand und Holz. Genau so, wie es Rudi haben wollte. Es ist ein ganz modernes Schiff. Mit einem richtigen Verdeck. Mit einer Antennenanlage aus Wäscheleinen. Damit Rudi fragen kann, wohin er fahren soll, ob es einen lieben Gott gibt und ob er — oder wer? — „das Leben gemacht hat“?

Das Schiff hat ein Steuerrad. Das ist ein alter Kochtopfdeckel, der sich auf einem Stocke dreht. Immer ringsherum. Das genügt. Die Welt ist rund und muß sich drehen. Das hat Rudi von seinem Vater gelernt. In einen Kaffeefrichter ruft Rudi „Stopp!“ oder „Weiter!“ hinein. Er muß sich sehr vorsehen, damit er nicht „Burzel“ überfährt. Der ruht am „Ufer“, gleich neben dem Schiff. Er weiß nicht, was er dem Rudi für Sorgen macht. Denn Burzel ist ein Hund — ein toter Hund. Stiefmütterchen nelken ihre blauen und gelben Samtblätter über seinen kleinen Grabhügel. Rudi fährt am toten Burzel vorüber. Den Kochtopfdeckel dreht er dann immer sehr schnell. . .

Sein Schiffsmast ist ein Baum, ein richtiger, grüner Baum. Dreimal so hoch wie Rudi, mit vielen Zweigen und grünen Blättern, die im Winde rauschen und schwirren. Vor diesem Mastbaum steht Rudi, die Hand wie ein erfahrener Seemann über die Augen gelegt, und späht über's Meer. Ueber das grüne Meer der Laubentonne.

Wie fragten ihn, ob er in Schulzes Garten, der gleich nebenan liegt, hineinfahren will? „Quaschi!“, sagte Rudi, „ich fahre mit meinem Schiff in die weite Welt! Ich fahre solange, bis ich groß bin

und wo ich aussteige, weiß ich noch nicht.“ Ein roter Wimpel weht am grünen Mastbaum seines Schiffes.

Rudi wird's schon schaffen. Denn er sieht nicht nach links und nicht nach rechts; er fährt an dem toten Burzel vorüber, er sieht nicht Schulzes Garten vor sich, er steht fröhlich am grünen Mastbaum und ruft in dem Kaffeefrichter hinein: „Vorwärts, immer vorwärts!“

Strahlen aus dem Weltensraum.

Ueber die von ihm entdeckten neuen Strahlen, die aus dem Weltensraum zu uns gekommen, sprach Dr. Koelherster in der Physikalischen Gesellschaft. Unter den von radioaktiven Substanzen ausgehenden verschiedenen Strahlen, die man als Alpha-, Beta- und Gamma-Strahlen bezeichnet, sind die letzten die härtesten. Das bedeutet, sie haben die größte Durchdringungsvermögen. Die Strahlen verraten sich durch ihre Fähigkeit, Gase zu ionisieren, d. h. elektrisch leitend zu machen, wobei sie ihre Energie verbrauchen. Während aber die Alpha-Strahlen ihre Energie schon nach Durchdringen eines Blattes Schreibpapier verlieren, die Beta-Strahlen schon nach Durchdringung einiger Millimeter Metallblech, ist es bei den Gamma-Strahlen erst nach einigen Dezimetern Metall der Fall. In einem allseitig luftdicht geschlossenen Zylinder aus drei Millimeter dickem Zinkblech können also von außen nur Gamma-Strahlen eintreten. Man beobachtet sie durch ihre Wirkung auf ein eingeschlossenes Elektrometer, das man von außen aufladen und ablesen kann. Schleicht man nun auch alle Gamma-Strahlen durch Umgeben von dicken, alle Strahlen abhaltenden Schichten aus, z. B. durch Einsetzen des Gefäßes in Wasser, so zeigt sich doch noch stets eine geringe sogenannte Reststrahlung, die aus der Erde zu stammen scheint, da sie mit der Höhe abnimmt. Als Koelherster aber im Freiballon zu großen Höhen aufstieg — er gelangte in den Jahren 1908 und 1909 bis zu 9300 Meter Höhe — nahm diese Strahlung zwar anfangs langsam ab, dann aber von 1800 Meter an wieder langsam und später von etwa 3000 Meter Höhe an sehr stark zu. Die 1914 veröffentlichten Ergebnisse Koelhersters, worin er die neue Strahlung als „Höhenstrahlung“ bezeichnete, begegneten sehr starkem Zweifel, wurde aber durch neue Versuche, die Koelherster dank der Unterstützung von Prof. Kern in im Jahre 1922 wieder aufnehmen konnte, ganz unabweislich bestätigt.

Ueber die Herkunft dieser Strahlen, die jetzt gewöhnlich als „Ultra-X“ oder „Ultra-Gamma-Strahlen“ bezeichnet werden, hat er eine merkwürdige Hypothese aufgestellt. Sie seien nämlich in ihrer Stärke eine deutliche Abhängigkeit von dem Stand der Milchstraße, von der sie also herzukommen scheinen. Deshalb vermuten Koelherster und Kern, daß sie von junger, erst im Entstehen begriffener Materie oder sich bildenden Atomen ausgehen, die in Billionen von Jahren sich zu Nebelmassen und Sonnensternen entwickeln. Während bisher der Lichtstrahl der einzige Bote war, der uns von dem Geschehen im Weltall Kunde gab, scheint in diesen Strahlen ein weiteres bedeutsames Hilfsmittel der Forschung entstanden zu sein.

Interessant ist, daß der amerikanische Forscher Millikan trotz der von anderen bestätigten Ergebnisse Koelhersters die Existenz

dieser Strahlen hartnäckig leugnete, bis er in jüngster Zeit durch eigene Beobachtungen zu denselben Ergebnissen kam, um aber diese Strahlen als von ihm neu entdeckt ausgibt und die Verdienste seiner Vorgänger, vor allem des eigentlichen Entdeckers, mit keinem Wort erwähnt. Nun, die Wissenschaft ist international und ihr Fortschritt hängt glücklicherweise nicht ab von kleinen menschlichen Eitelkeiten und Eifersüchteleien ihrer Vertreter. B. H.

Unser neuer Roman. Wir beginnen heute mit der Veröffentlichung der neuesten Arbeit des deutsch-mexikanischen Dichters B. Traven, des Verfassers der „Baumwollplüder“, die wir vor einem Jahre brachten. Die Handlung des „Wobbly“ schließt nun an die der „Baumwollplüder“ unmittelbar an, ist aber auch ohne deren Kenntnis verständlich. Zur Erklärung des Titels bemerken wir, daß man im amerikanischen Sprachgebrauch unter „Wobbly“ einen Menschen versteht, der die Eigenschaft hat, überall, wohin er auch kommt, abschlägig oder unabsichtlich Unruhe zu stiften.

Theaterkandal in Köln. Der Berliner Kammerjunker Michael Bohren, der zurzeit in Köln ein Gastspiel gibt, sang am Montag den Hans Sachs in den „Meisterjüngern“. Nach dem ersten Aufzug wurde mitgeteilt, daß der Gast wegen stimmlicher Unpäßlichkeit nicht weiterlingen könne. Es kam hierauf zu stürmischen Entrüstungsbewegungen. Das Orchester mußte das Spiel unterbrechen, da unter Tönen und Weisen Schluß verlangt wurde. Generalintendant Remond konnte erst nach längeren Bemühungen die erregten Zuschauer beruhigen. Er erklärte, daß Bohren sich außerstande fühle, die anstrengende Partie durchzuführen. Wer die Vorleistung verlassen wolle, erhalte sein Eintrittsgeld zurück. Darauf verließ ein Teil der Besucher das Haus. Die Vorstellung konnte dann mit einem anderen Darsteller zu Ende geführt werden.

Ein alter Operettenschlager. Aus der vor Jahren mit großem Erfolg aufgeführten Wiener Operette „Ein Herbstmandor“ fällt uns zufällig — natürlich ohne jeden bestimmten Anlaß — ein vielgelegener Schlager ein. Der Komponist selbst tritt vor die Rampe und singt:

„Das ist mein Freund der Doeb'l
Für den hab' ich ein Falble.
Alles mach' ich nur für ihn.
Geh' mit ihm durch dick und dünn.
Ich bin der Freund von ihm!“

Ballett-Maschinen der Staatoper. Um dem Ballett im Spielplan größere Entlastungsmöglichkeiten zu bieten, sollen an Sonntagen Ballettmaschinen zu vollständigen Besätzen (Fünftelbesatz 1 Ktl.) stattfinden. Die erste am 18. d. M. bringt eine Wiederholung der Ballette „Don Quixote“ und „Guinevere“.

Eine Vorlesung über „Organisation und Inhalt des deutschen Zeitungswesens“ beginnt Dr. Postel, der bekannte Fachmann für Zeitungswesen. Heute, nachmittags 5 Uhr, in der Deutschen Hochschule für Politik, Schloßplatz 6. — Der Besuch der beiden ersten Vorlesungen ist unentgeltlich.

Ihren Abschied aus dem Deutschen Bühnenverein haben die Berliner Theaterdirektoren Reinhardt, Barnowsky, Eugen Robert und Friedmann-Fredrich erklärt.

Der Skandal von Konstanz.

Sozialdemokratische Anfrage an den Reichswehrminister

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat wegen der Vorgänge in Konstanz folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

Während der diesjährigen Pfingstfeiertage fand in Konstanz eine vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltete republikanische Kundgebung statt, an der sich offiziell auch Vertreter der badischen Regierung beteiligten.

Gegen diese Veranstaltung entfalteten Offiziere des in Konstanz garnisonierenden Infanterie-Bataillons unter Mißbrauch der Dienstgewalt eine Agitation, die rein politischen Charakter getragen hat und somit einen Verstoß gegen Paragraph 36 des Wehrgesetzes darstellt.

Ein Hauptmann des Bataillons hat am Zeitungsblatt vor seiner Schreibstube Zeitungsauschnitte aus rechtsgerichteten Blättern anheften lassen, in denen die gebührendsten Ausdrücke gegen das Reichsbanner und seine Führer enthalten waren. Am gleichen Zeitungsblatt wurde auf Veranlassung des gleichen Offiziers die lächerliche Behauptung aufgestellt, das Reichsbanner habe den Herrn Reichspräsidenten beleidigt. Ferner wurden Zeitungsauschnitte angeheftet, in denen der Herr preussische Minister des Innern angegriffen wurde.

Den Mannschaften des Bataillons wurde verboten, während des Festzuges sich auf den Straßen aufzuhalten und den Festzug als unbeteiligte Zuschauer anzusehen. Die Wirkung dieser politischen Tätigkeit von Offizieren, ausgeübt während des Dienstes und innerhalb der Dienstgebäude, war, daß zwei Soldaten des Konstanzener Bataillons mit Unterstützung von zwei Gymnasiasten sich an der schwarzrotgoldenen Reichsfahne vergreifen haben.

Sind dem Herrn Reichswehrminister die hier angegebenen Vorgänge bei dem Konstanzener Infanterie-Bataillon bekannt?

Was gedenkt der Herr Reichswehrminister zu tun, um der Wiederholung einer solchen politischen Agitation durch Offiziere entgegenzutreten und ihr vorzubeugen?

Was gedenkt der Herr Reichswehrminister gegen die Offiziere des Konstanzener Infanterie-Bataillons zu unternehmen, die in der angegebenen Weise Mißbrauch mit ihrer Dienstgewalt getrieben haben?

Wird der Herr Reichswehrminister anordnen, daß gegen die beiden Soldaten, die sich an der Reichsfahne vergreifen haben, eingeschritten wird?

Die Kundgebung der Jenaer 31.

Beschwerde der republikanischen Studenten.

Jena, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Klub republikanischer Studenten an der Universität Jena hat an den Rektor der Universität, Professor Dr. Sützbier, ein Schreiben gerichtet, das sich gegen die Sympathiekundgebung der 31 Jenaer Universitätslehrer für den Berliner Professor Bernhard Wendt.

„Wir republikanischen Studenten“, heißt es in dem Brief, „sind gewohnt, in weltanschaulichen und politischen Fragen weitgehende Toleranz zu üben. Wir bringen unseren Universitätslehrern, auch dann, wenn sie von unserer Ueberzeugung weit abliegen, die ihnen schuldige Ehrerbietung entgegen. Wir glauben aber Anspruch darauf zu haben, daß auch unser republikanisches Empfinden nicht verletzt wird. In der Kundgebung der 31 Universitätsprofessoren erblickten wir eine solche Verletzung. Die in der Kundgebung gebrauchten Ausdrücke scheinen uns mit dem Geiste der auch von den Universitätslehrern beschworenen Reichsverfassung unvereinbar. Wer solche Ausdrücke gebraucht, ruft die Befürchtung wach, daß er nicht willens ist, die durch Artikel 148 der Reichsverfassung übernommene Verpflichtung einzuhalten, die Empfindung Andersdenkender nicht zu verletzen. Wir bitten Rektor und Senat, dafür Sorge zu tragen, daß unser Vertrauen zu unseren Lehrern nicht durch Schmähungen und durch Verletzung unserer republikanischen Staatsgesinnung erschüttert wird.“

Zum Fall Lessing.

Rückkehr zur Vernunft?

Hannover, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Studentenkrawall an der Technischen Hochschule hat seinen Höhepunkt überschritten, obwohl noch einflussreiche Kräfte am Werke sind, die hege weiterzutreiben. Die Zahl der zu Einsicht und Vernunft zurückkehrenden Studenten wächst jedenfalls fortgesetzt. Die Ankündigung des Rektors, daß bei sorgfältiger Widerpenstigkeit weitere Relegationen folgen werden, scheint nicht ohne Eindruck geblieben zu sein. Das Disziplinarverfahren gegen die 200 größten Rabaukmacher wird durchgeführt.

An der Hochschule in Braunschweig besteht für eine größere Anzahl von Studenten keine Möglichkeit mehr zur Immatrikulation. Die Drohung mit dem Wegzug nach Danzig muß erst recht als verheißend bezeichnet werden. Wollen die Studenten nicht ein Semester verlieren, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als Vernunft anzunehmen.

Professor Lessing wird einstweilen an der Hochschule seine Vorlesung fortsetzen. Er hat sich inzwischen bereit erklärt, im Interesse der Stadt und der Hochschule zurückzutreten, wenn man ihn darum „bittet“.

Die Reife der Studenten von Hannover nach Braunschweig hat allein, soweit der Extrazug in Frage kommt, 6000 M. gekostet. Es muß deshalb die Frage aufgeworfen werden, wer diese hohe Summe zur Verfügung gestellt hat. Sie muß von einer einzigen Stelle bereitgestellt worden sein, da sämtliche Teilnehmer an der Fahrt kostenlos von Hannover nach Braunschweig zweiter Klasse befördert wurden. Die Klärung der Angelegenheit ist um so wichtiger, als sich durch sie am besten ergeben wird, welche Kräfte hinter den völligen Hohn an der Technischen Hochschule in Hannover stehen.

Erklärung des Deutschen Studentenbundes.

Der Deutsche Studentenbund an der Berliner Universität wendet sich als Spitzenorganisation der gesamten Berliner freiheitlichen Studentenschaft mit folgender Erklärung an die Öffentlichkeit:

Aus der Tagespresse wird bekannt, daß die als „Deutsche Studentenschaft“ firmierende private Vereinigung der rechtsradikalen wüßigen Studenten sich durch zustimmende Erklärungen mit dem widerbelebten Verhalten der hannoverscher Studenten identifiziert hat.

Ohne zu der Persönlichkeit oder dem Verhalten des Herrn Prof. Lessing irgendeine Stellung nehmen zu wollen, legt die unterzeichnete Organisation auf schärfste Bewahrung ein gegen alle Veruche, die Freiheit des Behrens und Vernens, einen der Grundpfeiler akademischen Lebens, zu erschüttern. Die besten Geister deutschen Studententums haben in hundertjährigen Kämpfen dieses festbare Gut akademischer Freiheit erkämpft und gesichert. Unklarheit und Verwirrung führen heute deutsche Studenten zur Mißachtung dieser Ueberlieferung und schänden so den Namen des deutschen Studententums vor aller Welt.

Die Studenten der Berliner Universität werden in wenigen Tagen bei den kommenden Wahlen zur Studentenschaft Gelegenheit haben, zu zeigen, ob sie gewillt sind, den akademischen

Nachspiele zum Hindenburgbrief.

Stimmen der Presse.

Nach einer Darstellung des „8-Uhr-Abendblattes“ soll Herr von Hindenburg „im ersten Augenblick von dem Schritt Voebells überrascht gewesen sein, da niemals vorher von der Absicht einer Veröffentlichung des Schreibens die Rede gewesen ist“. Wenn dem so ist, dann muß man sich erst recht darüber wundern, daß der Reichspräsident seiner Ueberzeugung nicht den einzig logischen Ausdruck gegeben, nämlich die agitatorische Ausschlichtung eines Privatbriefes mißbilligt hat. Er selbst hatte ja in seinem Schreiben betont, daß er nach der Verfassung nicht in der Lage sei, in den Kampf um den Volkssenscheid öffentlich einzugreifen.

Die Lesart des „8-Uhr-Abendblattes“ scheint aus den Kreisen der Wilhelmstraße zu stammen und sie ist auch die einzige, mit deren Hilfe sich die Regierung aus ihrer blamablen Situation herauszuwinden vermag.

An anderer Stelle desselben Blattes stellt „ein hervorragender Kenner des Verfassungsrechts“ fest, daß bei einem Staatsobershaupt eine ursprüngliche private Äußerung diesen privaten Charakter verliert und zu einer öffentlichen Kundgebung wird, sobald die Genehmigung zur Veröffentlichung erfolgt. Denn sonst könnte der Reichspräsident der verfassungsmäßig vorgeschriebenen Gegenzeichnung durch die Regierung entgehen, indem er nach Belieben seine Äußerungen als „private“ bezeichnet. Sogar unter der Monarchie wurde vom Reichskanzler Bülow — aus Anlaß des verrückten Kaiser-Interviews im „Daily Telegraph“ — dieser Standpunkt unbedingt vertreten. Der Verfasser schließt mit den Worten:

Andernfalls verliert ja die ganze Bestimmung über die Gegenzeichnung durch den Reichskanzler jeden Sinn und würde zu einer bedeutungslosen Neuherlichkeit werden, gültig nur für jene Fälle, die dem Reichspräsidenten dafür geeignet erscheinen.“

Der Reichspräsident wird jetzt Gelegenheit haben, wenigstens für die Zukunft diese staats- und verfassungsrechtlichen Selbstverständlichkeiten 100prozentig zu beherzigen, die er zwar in der ersten Hälfte seines Briefes klar erkannt, aber in der zweiten Hälfte völlig vergessen zu haben scheint.

Die gesamte Linkspresse — „Vossische Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Börsen-Courier“ und „Berliner Volkszeitung“ — stellt fest, daß Voebells Behauptung, wonach die Linke durch den Kampf um den Volkssenscheid eine Präsidentenkrise hervorrufen wollte, eine dreifache Verleumdung ist und daß es ausgerechnet die Bürgerblock-Clique war, die bemüht durch diesen Brief darauf hingearbeitet hat, Hindenburg in den Kampf hineinzuziehen, gleichviel, was daraus für Hindenburg werden mochte.

Sogar ein so rechts stehendes Blatt wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ muß erklären, daß „die Veröffentlichung des Schreibens unter den bekannten Umständen und in dieser Form besser unterblieben wäre“ und daß es die Absicht der Volkssenscheidsparteien, eine Präsidentenkrise heraufzuzubereiten, sehr stark bezweifle.“

Die „Tägliche Rundschau“, die sich selbst noch am Morgen äußerst zurückhaltend zu der Frage geäußert hatte, ob ein Mißbrauch des Namens Hindenburg vorliege oder nicht, bezeichnet es am Abend als „ein Verlegenheitsmanöver der Enteiernspresse“, daß sie dem „vorsichtigen und stets taktvollen Minister von Voebel“ unterstellt habe, er hätte „den Brief Hindenburgs eigenmächtig und gegen den Willen Hindenburgs veröffentlicht und etwa einen Vertrauensbruch begangen“.

Nichts kennzeichnet besser die Verlegenheit, in der sich gerade die „Tägliche Rundschau“ befindet, als die Tatsache, daß sie selbst wenige Stunden zuvor die gleiche Vermutung angedeutet hatte!

Die „Kreuzzeitung“ ärgert sich am meisten darüber, daß die Sozialdemokratie Hindenburg bisher nicht angegriffen hat. Die Erklärung dafür ist ganz einfach: so lange Hindenburg sich getreu seinem Eide, korrekt verhält, haben wir keinen Grund, ihn als Reichspräsidenten anzugreifen.

Beden zum Tummelplatz parteipolitischer Erzeße mißbrauchen zu lassen, oder ob sie in sachlicher Selbstverwertungsarbeit, wie sie der Deutsche Studentenbund pflegt, unter Ausschaltung aller politischen Gesichtspunkte die wahren Interessen des deutschen Studententums fördern wollen.

Die Folgen der Bernkasteler Unruhen.

Landfriedensbruchverfahren gegen 20 Winger.

Bernkastel, 8. Juni. (Tl.) Die Voruntersuchung wegen der Bernkasteler Wingerunruhen ist nunmehr abgeschlossen. Angeklagt sind wegen der Vorfälle am ersten Tage 20 Personen, meistens Winger aus Graach, Zeltingen und Bösenich wegen Landfriedensbruchs bzw. wegen Vernichtung von Urkunden. Die Strafammer in Trier hat das Hauptverfahren bereits eröffnet und vor das erweiterte Schöffengericht Trier verwiesen. Die Verhandlung beginnt am 15. Juni und wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen. Nebenher läuft die Voruntersuchung wegen der Vorfälle am zweiten Tage. Umfangreiche Vernehmungen haben auch hierüber bereits stattgefunden.

Deutschösterreich außer Kontrolle.

Finanzielle Vormundschaft aufgehoben — die politische nicht

Das Komitee des Völkerbundes für die Beratung der Kontrolle über Oesterreich hat beschlossen, mit Ende Juni die Finanzkontrolle des Völkerbundes in Wien endgültig aufzuheben und den Generalkommissar Zimmermann abzuberufen. Die Sanierung wurde 1922 angebahnt, die Anleihe begann im Januar 1923 in streng abgeschlossenen Portionen zu fließen. Schon im November 1922 war die Notenpresse stillgelegt und die Krone auf einem Verhältnis zur Goldkrone wie 15 000:1 stabilisiert worden. Die zweijährige Sanierungsperiode sollte Dezember 1924 ihr Ende finden, aber obgleich der Staatshaushalt zu diesem Zeitpunkt ausbalanciert war, blieb doch die Kontrolle deshalb aufrecht, weil es für Oesterreich unmöglich gewesen war, das vorgeschriebene Höchstbudget einzuhalten. Obwohl also die Ausgaben nicht größer waren als die Einnahmen und obwohl die Zuschüsse aus der Anleihe im Dezember 1924 eingestellt wurden, blieb die Kontrolle zunächst bis Ende 1925 in voller Wirkung, und für das erste Halbjahr 1926 in milderer Form aufrecht. Nun ist sie endlich aufgehoben. Der Völkerbundskommissar Zimmermann, ein Holländer, mußte aus den Erträgen der Völkerbundsanleihe befreit werden. Uebrigens ist

Das unterscheidet uns eben von den edlen Seelen der deutschnationalen Presse, die jahrelang Ebert in ehrabschneiderischer Weise angegriffen haben und sich dabei einen Teufel darum kümmerten, ob nicht dadurch das Reich Schaden litt. —

In diesem Zusammenhang wirkt es geradezu komisch, wenn uns die „Kreuzzeitung“ vorwirft, wir wollten die Autorität des Reichspräsidenten untergraben, indem wir feststellten, die Mehrheit der deutschen Wähler habe nicht für ihn gestimmt. Ist denn Hindenburgs Stellung so schwach, daß sie „untergraben“ wird, wenn man an die einfache Tatsache erinnert, daß Hindenburg rund eine Million Stimmen weniger erhalten hat als Marx und Thälmann zusammen; und daß er infolgedessen seine Wahl nur Ruth Fischer verdankt?

Wo war bei der „Kreuzzeitung“ die Sorge um die „Autorität des Reichspräsidenten“ als die deutschnationalen Presse Friedrich Ebert als „Landesverräter“ beschimpfte? Wir erklären, daß wir bei aller politischen Begrenztheit und bei aller Schärfe der Kritik, wo sie notwendig ist, auf die Stufe der deutschnationalen Presse nicht herabsteigen werden.

Der Eindruck in England.

London, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Hindenburg-Brief hat in London größte Aufmerksamkeit gefunden. Sämtliche Zeitungen bringen ausführliche Berichte ihrer Berliner Vertreter mit Kommentaren, in denen durchweg das Erstaunen darüber ausgedrückt wird, daß die Stellungnahme des Reichspräsidenten zum Volkssenscheid überhaupt veröffentlicht werden konnte. Mehrere Berichte führen die Veröffentlichung des Briefes darauf zurück, daß es dem Reichskanzler Marx nicht in dem gleichen Maße wie Luther gelungen sei, Hindenburg vor politischen Unbedachtlichkeiten zurückzuhalten. Niemand hält im Zustande die Unterscheidung zwischen privaten und amtlichen Äußerungen des Reichspräsidenten für wesentlich; ein Eingreifen des Präsidenten wird vielmehr als unerlaubt empfunden. Die Feststellung eines Ablasses und die Annahme von Hindenburgs Ueberparteilichkeit ist damit endgültig erledigt, drückt den Grundton aus, auf den die gesamte Berichterstattung gestellt ist.

Der „Manchester Guardian“ glaubt nicht, daß Hindenburgs Brief einen nachteiligen Einfluß auf das Abstimmungsergebnis des Volkssenscheids haben werde. Die einzigen, die nach seiner Meinung davon profitieren dürften, seien die Kommunisten, für die dieser Brief ein wahres Geschenk des Himmels sei. Marx kann schon jetzt ohne Uebertreibung sagen, daß die Veröffentlichung des Briefes dem Ansehen Hindenburgs in England, das er sich infolge seiner Zurückhaltung in hohem Maße errungen hatte, mehr geschadet hat, als alle seine politischen Äußerungen vor seiner Präsidentenzeit zusammengenommen.

Voebells Hindenburg-Plakat.

Seit einer Woche im Auftrag!

Voebel hat behauptet, erst durch den „Vorwärts“ zur Veröffentlichung des Privatbriefes des Reichspräsidenten genötigt worden zu sein. Er mußte sich deswegen vom „Vorwärts“ als Lügner bezeichnen lassen. In der Tat ist, wie wir jetzt erfahren der Entwurf zum Plakat schon am Dienstag voriger Woche in Auftrag gegeben worden. Am Donnerstag wurde die erste Skizze geliefert. In der Nacht von Donnerstag zum Freitag wurde die Lithographie mit größter Beschleunigung fertiggestellt. Am Sonntag ging die Arbeit in die Maschine. Ein Zeichen für die Hast, mit der an der Herstellung des Plakats gearbeitet wird, und ein Zeichen für den Umfang des Auftrags sind die zahlreichen Ueberstunden, die zur Hilfe genommen wurden. Selbst am Sonntag waren vier Offsetmaschinen mit der Vervielfältigung beschäftigt. Das fertige Plakat, zu dem sich übrigens noch ein entsprechendes Plakat in Querformat gesellt, wird in Risten zu 1000 Exemplaren bahnfertig verpackt und per Lastauto abtransportiert.

Die Mittelungen des „Vorwärts“ erfolgten am Sonntag. Am Dienstag war der Auftrag erteilt. Lügt nun Voebel oder lügt er nicht?

von der Anleihe ein noch ungebrauchter Rest vorhanden, den Oesterreich für Zwecke verbender Anlagen freibekommen will. Insbesondere die wegen der Kohlenarmut des Landes besonders wichtige Fortsetzung der Elektrifizierung der Eisenbahnen aus den Wasserkräften der Alpen soll mit Hilfe des Anleiherestes möglich werden.

Ungarn soll noch warten.

Genf, 8. Juni. (WTB.) Das Ratkomitee für Ungarn hat sich gegen die vollkommene Abschaffung der Finanzkontrolle ausgesprochen. Der Generalkommissar Smith wird zwar voraussichtlich Ende dieses Monats seinen Posten verlassen und soll auch keinen Nachfolger erhalten. Dagegen bleibt die Kontrolle über die Pfänder und über die Restbestände der Völkerbundsanleihe (83 Millionen Goldkronen) bestehen. England und Italien traten für eine weitgehende Aufhebung der Kontrolle ein. Der Finanzausschuß unterstreicht dagegen die Gründe, die für weitere Beibehaltung der Kontrolle beziehungsweise für nur schrittweisen Abbau sprechen.

Briand will, wie verlautet, bei der öffentlichen Behandlung dieser Frage im Völkerbundsrat die Rate der französischen Regierung gegen die Falschmünzerei zur Sprache bringen.

Der französische Sparkurs.

Keine Verletzung der Handelsverträge.

Paris, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerausschuß für die Einschränkungen hat am Dienstag zum ersten Male unter Hinzuziehung verschiedener Beamten aus den für die neuen Maßnahmen in Frage kommenden Ressorts getagt. Darüber wird folgen- des bekanntgegeben: „Die ersten Beratungen und Beschlüsse haben sich auf die vom Staat zu ergreifenden Maßnahmen einschränkender Natur bezogen. Der Staat muß ein Beispiel geben, bevor er Lehren geben darf. Aber bereits jetzt ist festgelegt worden, daß keine der in Betracht gezogenen Maßnahmen die Handelsverträge berühren wird und infolgedessen auch keine Gegenmaßnahmen vom Auslande her nach sich ziehen kann.“

Welche Maßnahmen dem Staat zugedacht sind, wird nicht mitgeteilt. Man versichert, daß die Einfuhrbeschränkung in keiner Weise mit der teilweise festgelegten deutsch-französischen Handelsregelung kollidiert.

Briand wird am Mittwoch früh in Paris erwartet. In unmittelbarem Anschluß an seine Ankunft soll ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik über die Einschränkungen sowie über die Lage der Währung beraten.

Gewerkschaftsbewegung

Internationale Arbeitskonferenz. Die Anstellungsverhältnisse der Seeleute.

Genf, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitskonferenz hat auf Antrag der Vorschlagskommission die Mandatsprüfungs-kommission aus Sokal (Polen) als Regierungsvertreter, Deeters (Belgien) als Arbeitgeber- und Caballero (Spanien) als Arbeitervertreter bestellt. Einsprüche liegen gegen den indischen Arbeitgeber- und den italienischen Arbeitervertreter vor; ferner wird die Bestellung der Arbeitervertretung der Tschechoslowakei beanstandet, ohne die Genehmigung des Mandats zu verlangen. Die deutsche Delegation ist in allen drei Gruppen der Vorschlagskommission vertreten.

Am Dienstag wurde in einer Vor- und Nachmittags-sitzung eine zeitweise sehr lebhaft allgemeine Debatte darüber geführt, ob die Vorlagen des Arbeitsamtes über das Anstellungsverhältnis der Seeleute oder ein Einheitsvorlag der Arbeitgebergruppe zur Grundlage der Beratungen zu nehmen seien. Diese umfassen drei Konventionenentwürfe (Seevertrag, Heimkehrförderung und Disziplinarordnung), während der Vorschlag der Reeder dahin geht, gemäß den Beschlüssen der maritimen Arbeitskonferenz in Genava in eine einzige Vorlage nur die allgemein anerkannten Hauptgrundzüge zusammenzufassen und die Detailregelung in einem weiteren Umfange, als es die Vorlagen des Arbeitsamtes vorsehen, den einzelnen Ländern zu überlassen. Der englische Arbeitgebervertreter griff in der Diskussion das Internationale Arbeitsamt ziemlich scharf an, indem er ihm vorwarf, in seinen Vorlagen die Richtlinien der Genuefer Konferenz überschritten zu haben, worauf Direktor Albert Thomas ebenso deutlich wie gründlich antwortete.

Neben einer Reihe anderer Regierungsvertreter erkannte auch Ministerialrat Dr. Feig namens der deutschen Regierung an, daß die Konventionenentwürfe des Internationalen Arbeitsamtes die Grenzen der Genuefer Konferenz nicht überschritten und als Beratungsgrundlage genommen werden können.

Außerdem wurde mit 70 gegen 23 Stimmen beschlossen, die drei Entwürfe des Arbeitsamtes als Diskussionsgrundlage zu benutzen und zu ihrer Vorbereitung drei Kommissionen einzusetzen.

Wie man die Selben belohnt.

Lohnabbau bei der Knorr-Bremse.

Am Sonnabend hielt die Belegschaft der Knorr-Bremse eine stark besuchte Versammlung ab. Zur Aussprache stand der Bericht des Betriebsrats über die von der Direktion für Montag, den 7. Juni, durchzuführenden Abzüge für die Affordarbeiter in Höhe von 7 bis 31 Proz.

Die Knorr-Bremse gehört zu den wenigen Betrieben, die seit Jahren systematisch darauf hinarbeiten, den Betrieb mit überzeugten oder erzwungenen Anhängern „nationaler“ Arbeiterverbände zu füllen. Obwohl der Betrieb Mitglied des Verbandes Berliner Metallindustrieller ist, hält er sich nicht an dem zwischen diesem und dem Deutschen Metallarbeiterverband abgeschlossenen Arbeitsnachweisabkommen. Auch ein Beweis dafür, wie in manchen Situationen die Leitung des BWRB ihren Einfluß zur Innehaltung geschlossener Verträge geltend zu machen in der Lage ist. Infolge dieser Zusammenfassung der Belegschaft, verlangte der Verbandsvertreter der „Waterländischen Verbände“, Wiedemann, die Zulassung zur Versammlung, dem auch stattgegeben wurde.

Während andere Mitgliedsfirmen des BWRB sich wenigstens noch die Mühe geben, für die von ihnen stets behauptete Notwendigkeit der Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen produktions-technische Schwierigkeiten sowie solche des Absatzes geltend zu machen, glaubt die Direktion der Knorr-Bremse sich solche Rechtfertigungen ersparen zu können. Brutal wurde der Belegschaftsvertreter erklärt, daß nicht Schwierigkeiten des Absatzes oder der Konkurrenz für den Abzug maßgebend seien, sondern die Tatsache, daß bereits andere Betriebe des BWRB seit längerer Zeit in umfangreichem Maße zu Affordreduzierungen übergegangen seien und sie als Mitgliedsfirma des BWRB jetzt genötigt wäre, sich der allgemeinen Tendenz anzuschließen.

Trotz des offensichtlichen Hohnes, das in dieser Begründung liegt, haben die öffentlichen Vertreter im Arbeiterrat geglaubt, einer solchen Forderung ein gewisses Verständnis entgegenbringen zu müssen. Herr Wiedemann, der nach Betriebsratsvorsitzenden aufgefordert wurde, zu dieser Handlung der Direktion seine Auffassung zu legen, sprach über alles Mögliche und Unmögliche, nur nicht darüber, welchen Weg er zur Verhinderung der angeordneten Verschlechterung der Lebenshaltung, die ja auch keine Organisationsangehörigen trifft, zu beschreiten für zweckmäßig hält. Es sprach dann noch ein Angehöriger der nationalsozialistischen Arbeiterverbände in einer so einfältigen und gleichzeitig provozierenden Form, die die helle Empörung der gesamten Versammlung auslöste. Der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genosse Ziska, gab Wiedemann die entsprechende Antwort. Das Unternehmertum betrachtet die Forderung der Arbeiterchaft um einen höheren Anteil am Ertrage der gesamten Volkswirtschaft ausschließlich als eine Nachfrage — und die Arbeiter und ihre Familien, wenn sie sich nicht zu dem gleichen Standpunkt durchringen, müssen an ihrem eigenen Leibe verspüren, daß die Erhöhung der Profitrate erreicht wird durch eine Verschlechterung des Lohnes der Arbeiter. Die Angehörigen der öffentlichen Arbeiterverbände und auch die Unorganisierten werden ja nun wohl erkennen, daß die Zuträgerdienste, die sie bisher der Direktion der Knorr-Bremse geleistet haben, so belohnt werden, wie es nur in den Augen einer selbstbewußten Arbeiterschaft berechtigt ist, nämlich mit einem Fußtritt.

Die Ausführungen machten auf die große Zahl der Anwesenden einen starken Eindruck. Kein störender Zwischenruf, nur Beifallstundgebungen unterbrachen die umfangreichen Darlegungen

Ziska. Nach alledem, was die Belegschaft der Knorr-Bremse in den letzten Jahren erfahren und ertragen hat, ist diese Versammlung als ein guter Kustalt für eine zunehmende geistige Befundung auch bei der Knorr-Bremse zu betrachten, für eine starke Zunahme der gemeinschaftlich organisierten Arbeiterschaft und deren Einfluß.

Noch ein deutsches Sowjetparadies.

Kommunistische Theorie und kommunistische Praxis.

Auch gestern fanden wieder Verhandlungen von Angestellten gegen die Garantie- und Kreditbank für den Osten, der Berliner Filiale der Moskauer Staatsbank, vor dem Kaufmannsgericht statt. Die Bank hatte den ersten Vorsitzenden ihres Betriebsrats zirklos entlassen und ihm gleichzeitig eine Kündigung geschickt. Der Betriebsrat hat die Genehmigung für dieses Vorgehen der Direktion gegen seinen ersten Vorsitzenden nicht erteilt, und so mußte sich die Bank dazu bequemen, den Versuch zu machen, durch einen Spruch des Kaufmannsgericht diese fehlende Genehmigung zu erlangen. Bei dieser Verhandlung kamen Dinge über die Zustände bei der Bank zur Sprache, die das vollständig bestätigten, was wir in unserem letzten Bericht dargelegt haben.

Die kommunistische „Betriebszelle“ ist die eigentliche Leiterin der Bank, die

Ihre Direktiven aus Moskau empfängt

und unbedingt nach diesen Direktiven handelt. Dies geht ganz deutlich aus einem Brief hervor, der dem Gericht überreicht wurde und in dem ein kommunistisches Mitglied des Betriebsrats und der kommunistische Obmann des Betriebes nach Moskau berichten, daß in bezug auf den Abbau und auch sonst den Wünschen der Herren der Kremstadt vollkommen Genüge geleistet sei. Wie wenig auch auf den Betriebsrat der Bank Rücksicht genommen wird, dafür ist eine Zeugenschaft charakteristisch, die ein neu aus Moskau eingetroffener Direktor Lewin in der Zellenkammer tat. Er erklärte: „Betriebsrat bin ich;

wir brauchen billige Sklaven für Moskau.“

Die Tendenz der Zelle geht dahin, alle nichtkommunistischen Elemente aus der Bank hinauszudrängen und Funktionären der kommunistischen Partei dort eine Stellung zu verschaffen. So ist die gut dotierte Stellung des Kassierers, der gleichzeitig Prokura erhalten hat, mit dem ehemaligen kommunistischen Stadtrat Leh beetzt. Unter den zahlreichen Abgebauten befindet sich kein einziger Kommunist. Selbst die völlig ungenügenden Bestimmungen des Arbeitszeitgesetzes werden von diesem kommunistischen Betriebe in seiner Weise eingehalten. Die kommunistischen Angestellten machen Überstunden über Überstunden.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 60 Stunden die Woche.

Für die Überstunden erhalten die kommunistischen Angestellten keine Bezahlung! Sie ersetzen auf diese Weise die Arbeitskraft abgebauter Kollegen. Sie schufteten bis zur Belinungslosigkeit, während die Arbeitslosen auf der Straße hungern müssen. Das ist die kommunistische Praxis! Wenn im Betriebe Forderungen gestellt werden, werden diese in den Zellenkammern besprochen. Die Mitglieder der Direktion, die ebenfalls der Zelle angehören, nehmen dann Stellung zu ihnen. Wenn sie sie ablehnen, geht trotzdem zum Schein ein kommunistisches Mitglied des Betriebsrats zur Direktion, läßt die Forderungen dann auch offiziell ablehnen und erklärt nachher dem Betriebe, er hätte „sein Bestes getan“, hätte aber gegenüber der Direktion nichts erreichen können!

In einer Sitzung, die für den 17. Juni, vormittags 11 Uhr, anberaumt ist, soll nun festgestellt werden, ob es sich bei den zur Verhandlung vor dem Kaufmannsgericht stehenden Kündigungen um reine Tendenzkündigungen handelt. Es sollen Zeugen vernommen werden, in erster Linie die Angehörigen der kommunistischen Betriebszelle.

Klagen gegen die Reichsbahnverwaltung.

Die Verbände der Eisenbahner gehen wegen der Rückentwicklung einstmahliger Beamten in das Arbeitsverhältnis — wie die „Befo“ berichtet — kläglich vor. So hat ein Verband allein etwa 500 neue Klagen für seine Mitglieder gegen die Eisenbahnverwaltung anhängig gemacht.

Der Einheitsverband der Eisenbahner ist in der gleichen Richtung bemüht, die Interessen seiner Mitglieder zu verteidigen. Nach seiner Auffassung dürften es aber die Eisenbahnbeamten nicht erst zu einer solchen „Rücküberführung“ von Beamten bei der Reichsbahn kommen lassen. Sie wäre kaum geschehen und manches andere hätte die Reichsbahnverwaltung unterlassen, wenn sie einer einheitlichen, machtvollen Organisation aller Eisenbahner auf freigewerkschaftlichem Boden gegenüberstände. Die nach bestehende organisatorische Zersplitterung schwächt jedoch die Front der Eisenbahner und verstärkt damit die Macht der Verwaltung noch mehr.

Lohnabbaufeldzug der Fleischermeister.

Der Verband der Berliner Fleisch- und Wurstwaren-Fabriken hat das bestehende Lohnabkommen gekündigt und will den durch Krieg und Inflation schwer mitgenommenen Fleischer-gesellen einen 10-prozentigen Lohnabbau diktieren. Die einstige Begründung für dieses Ansinnen gaben die Herren Fabrikanten mit den Worten: „weil überall Lohnabbau verlangt wird.“ Wohl noch keine Arbeitgebergruppe hat sich eine Begründung für eine Lohnkürzung so leicht gemacht. Die Vertreter der Arbeitnehmer haben es abgelehnt, nach dieser Begründung über eine Kürzung der Löhne in Verhandlungen einzutreten. Sie haben den Herren Fabrikanten erklärt, daß die Fleischer-gesellen nicht willens sind, kamplos einen Lohnabbau hinzunehmen. Die Arbeitgeber haben den Schlichtungsausschuß angerufen, der sich am kommenden Dienstag mit dem Antrag der notleidenden Wurstfabrikanten beschäftigt wird. Hoffentlich sind bis dahin die Herren Arbeitgeber aus Marienbad usw. zurück.

Die Berliner Wadenfleischermeister sind noch „sozialer“

eingestellt. Auch sie wollen sich von den Großindustriellen nicht vorwerfen lassen, bei der Lohnabbaukampagne zu fehlen. Trotzdem sie ihre Gefellen und Verkäuferinnen bis zu 75 Stunden und darüber pro Woche auspumpen, soll die zurzeit bestehende Sonntagsruhe fallen, die Arbeitszeit also noch mehr verlängert werden, die Löhne und Gehälter abgebaut und die Verkäuferinnen als „Gemeinheitsdamen“ abgestempelt werden.

Die Herren vom „ehrbaren“ Fleischer-gewerbe gehen aufs Ganze. Als ob sie den Herren der Großindustrie beweisen müßten, was sie für forsche Kerle sind. Die im Wadenfleischer-gewerbe beschäftigten Gefellen und Verkäuferinnen nehmen heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, in den Residenz-Festhallen, Landsberger Str. 31, in einer öffentlichen Protestversammlung zu dem beabsichtigten Raubzug der Fleischermeister auf die Taschen der Arbeitnehmer Stellung. Es gilt, das Loch in der Rechnung der Herren vom Hackfloß aufzuzeigen, das sie offenbar übersehen haben.

Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.

Die Entschlossenheit der englischen Bergarbeiter.

Bodum, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der britische Bergarbeiterführer Cool erklärte dem Bodumer Vertreter des „Sozialistischen Dienstes“, daß das letzte Schreiben der englischen Bergbauarbeiterorganisation von der Bergarbeiterföderation sorgfältig geprüft wird, nach seiner Ansicht aber gegenwärtig noch wenig Aussicht auf Beilegung des Konflikts bestehe, zumal noch keine diskutablen konkreten Vorschläge unterbreitet worden sind.

Auf die Frage nach der voraussichtlichen Dauer des britischen Bergarbeiterstreiks erklärte Cool: „Die britische Bergarbeiterchaft ist sich bewußt, daß sie diesen Kampf nicht nur für sich, sondern für ihre Kameraden in allen Teilen der Welt führt. Dieses Verantwortungsgewußt bewegt sie, den Kampf nicht eher abzugeben, als bis der Erfolg erreicht ist, der in unserem und in aller Interesse erreicht werden muß. Wir hoffen, daß die internationale Bergarbeiterchaft, auch darüber hinaus die Arbeiter aller Berufszweige das volle Verständnis für das, was in England vorgeht, aufbringen und uns nach Kräften unterstützen.“

Die Solidarität der belgischen Bergarbeiter.

Brüssel, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Gewerkschaftskommission beschloß, alle angeschlossenen Verbände aufzufordern, pro Mitglied zwei Franken zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu erheben. Die meisten Gewerkschaften haben sich diesem Beschluß bereits angeschlossen. Der Gesamtbetrag wird ungefähr eine Million Franken ergeben. Dieser Akt der Solidarität ist um so höher zu bewerten, als die belgischen Arbeiter jetzt sehr unter den Folgen der Inflation leiden.

Einigung in der bayerischen Provinz-Metallindustrie.

München, 8. Juni. (M.B.) Im Lohn- und Tarifstreit in der bayerischen Provinzmetallindustrie wurde auf Grund des Schiedsspruchs des Landesschiedsrichters für Bayern in den Verhandlungen des Staatsministeriums für soziale Fürsorge zwischen den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein rechtsverbindliche Einigung erzielt. Damit ist der Wirtschaftsfriede in dieser Industrie-gruppe gesichert.

... Aber noch nicht für die Angestellten.

München, 8. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine aus allen Landesstellen Bayerns jährlich beschickte Landeskonferenz der im Nürnberg-Fürther Arbeitnehmerratel beteiligten Angestelltenverbände, die am Dienstag, den 8. Juni, in Nürnberg tagte, hat nach eingehender Aussprache für den Fall, daß die Schlichtungsinstanzen dem Druck des Unternehmertums erliegen, ins Auge gefaßt, den Abwehrkampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Insbesondere wurden Vorbereitungen getroffen, sich die Solidarität der Arbeiter-gewerkschaften zu sichern. Ungeachtet der Tätigkeit des Schiedsgerichtes sollen diese Beschlüsse bereits in den nächsten Tagen über das ganze Land durchgeführt werden. Dadurch ist mit einer Verschärfung des Kampfes der von der Aussperrung bedrohten 25.000 bayerischen Angestellten zu rechnen.

Achtung, Mitglieder des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, Ortsverein Berlin! Für die in anderen Berufen beschäftigten Mitglieder, sowie für alle Mitglieder, die nicht die Möglichkeit haben, in den Betrieben ihr Stimmrecht zur Urabstimmung über die Verschmelzung unseres Verbandes mit dem Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband und dem Verbande der Fleischer auszuüben, ist in unserer Geschäftsstelle, Rudolfsstraße 10, eine Stimmstelle errichtet.

Abgestimmt kann werden in der Zeit von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Schluß der Abstimmung am Donnerstag, den 10. Juni, abends 6 Uhr.

Termin-Gewerkschaftsjugend. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, waren die Gruppen: Kreuzberg 1; Jugendheim Berlin, 29. Hof; Reichsbahn, Borsdorf; „Der Glaube und Überleben“, Schöneberg; Jugendheim Rubensstraße (Sportplatz); Disziplin: „Die Abrechnung mit den Rührern“, Schöneberg (Kreuzberg 2); Reichsbahnjugend, Stadt; Schwimmklub, Bismarckstr. 64; Arbeiterlicher Abend; „Bertram Voss“, Köpenick; Jugendheim Metallarbeiter-Verbandsbau, Linienstr. 55-56, 1. Bezirk, 2. Etz. Borsdorf; „Jugend und Gewerkschaften“, Nordring; Jugendheim Scherzweber Str. 10; Arbeiterlicher Abend; „Jah London“, Charlottenburg; Jugendheim Reich, Kronenstraße, Berliner Str. 137; Borsdorf; „Soziales Wandern“, — Wahlenstraße 10; abends 7 Uhr folgende Gruppen: Landsberger Platz, Franzfurter Allee und Witz in Friedrichshagen, Platz 4; Wilmersberg im Teplitzener Park, Spielwiese 1; Gesundbrunnen und Wedding im Schillerpark, Schillerstraße.

Jugendgruppen des BWRB. Heute, Mittwoch, abends 7½ Uhr, finden folgende Besprechungen statt: Wt. Wilmersberg; Jugendheim Schule, Köpenick, 61. Bezirk über „Polen“, Wt. Kreuzberg; Jugendheim Rosenthal, 28. Bezirk; „Wirtschaftslehre“, Wt. Wedding; Gesundbrunnen; Jugendheim, Schöneberg, 1 (Schillerstr. 5 Etz.); Borsdorf; „Die Schöden von Althof und Witz“, Wt. Schöneberg; Jugendheim Borsdorf, 15 (Kronenland)immer). Disziplin: „Proletarische Kunst“.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Göttern; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kreuzberg: R. A. Köhler; Bohlen und Conkios: Fritz Ruchardt; Kassel: Th. Glad; ähnlich in Berlin. Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. b. H., Berlin. Frankfurt: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Strauß & Co., Berlin. G. B. Wilmersberg 2. Straße 2 Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.



Diese naturreinen, leichten, nicht parfümierten, überseeischen Marken, geracht aus einer eleganter „Original-Oldenkott-Pfeife“, sind das Gegebene für den Kenner, ihr Aroma ist sogar eine Freude für die Gattin, zumal dann, wenn die Pfeife blitzsauber ist. Ein schönes Geschenk ist stets eine „Original-Oldenkott-Pfeife“.

Die Verwaltungsorganisation für Groß-Berlin.

Eine Aussprache bei der Haushaltsberatung in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordneten setzten gestern die Stadthaushaltsberatung fort. Die im ganzen nicht sehr aufregenden Verhandlungen wurden durch zwei Zwischenfälle belebt, die von ungleicher Bedeutung waren.

In der außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung gab vor Eintritt in die Tagesordnung Stadtverordneter Genosse Jafan eine Erklärung

folgenden Inhalts ab: In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. April d. J. hat Frau Stadtrat Kausler in der Debatte über die 'Vollspeisung' ausgeführt: 'Die Verteilung ist alsbald erfolgt, und es haben sämtliche Antragsteller Geld bekommen bis auf einen Antrag allerdings, der eingereicht worden war, bei dem sich dann aber bei der Nachprüfung herausstellte, daß überhaupt keine Speisung vorhanden war.'

Der im ersten Absatz der Erklärung erwähnte Antrag auf Bewilligung von Zuschüssen für die von dem Berliner Ortskartell des N.F.V.-Bundes eingerichtete Speisung für erwerbslose Jugendliche ist also nicht nur eingereicht worden, sondern die deutsch-nationale Stadträtin hat sogar selbst einen Geldbetrag als Zuschuß überwiesen.

10 Millionen Mark zur Finanzierung der Bauarbeiten im Jahre 1926 bei der Stadtbank aufgenommen werden soll. Die Versammlung setzte dann die Beratung des Stadthaushalts fort.

betonte der Berichterstatter, Genosse Reuter, daß in den Ausschuhverhandlungen von allen Seiten die gute Entwicklung der städtischen Werke anerkannt worden sei, so daß man nicht zweifeln dürfe, wenn man die im Besitz der Stadt befindlichen Werke als das Rückgrat des Stadthaushalts bezeichne.

von 36 auf 44 Millionen erhöhen. Die Erhöhung der Kammereiabgabe darf aber unter keinen Umständen eine Erhöhung der Taxen zur Folge haben. Die Versammlung stimmte den Ausschuhbeschlüssen zu. — Bei der Beratung des Etats der Müllabfuhr-Gesellschaft und des Stadtfuhrparks glaubten die Stadt, Kunze (Deutschsozial) und Müller-Franken (Wirtsch. Partei) an der Verwaltung dieser Betriebe Kritik nach ihrer Art üben zu müssen.

Je größer das Mandat dieser Herren außerhalb der Parlamente ist, um so geringer ist die Qualität ihrer Mitarbeit zum Wohle des Ganzen.

Wir lehnen es deshalb ab, auf die Kritik des Herrn Müller-Franken ebenso wie die des Herrn Kunze irgendwelche einzugehen oder sie auch nur als berechtigt anzuerkennen.

Volkssentscheid ist Gericht

Für das Volk — Gegen die Fürsten:

Öffentliche Kundgebungen:

Heute, Mittwoch, den 9. Juni:

Mitte (S. u. l.): 7 1/2 Uhr im Reichstheater, Neue Königstr. 26. Redner: Franz Künstler, MdR. Lichtenberg (117 Abl.): 7 1/2 Uhr in der Schule Pöstr. 60. Redner: Arthur Richter, MdR. Lichtencode: 8 Uhr im Fotal von Rohrmann. Redner: Hans Bleitner.

Morgen, Donnerstag, den 10. Juni:

Krenzberg: Abends 6 1/2 Uhr, Fontane-Promenade. Abmarsch zum Propagandaausflug mit Musik. Charlottenburg: 7 1/2 Uhr im Saal des Schiller-Theaters, Bismardstraße. Rednerin: Klara Bohm-Schuch, MdR. Schönberg-Friedenau: Demonstration mit Musik. — Treffpunkt abends 7 Uhr Hauptstraße, Ecke Innsbrucker Straße. Anschließend Helmholz-Gymnasium, Rudenstraße. Redner: Landgerichtsrat Ernst Ruben.

Öffentliche Frauenkundgebung

am Donnerstag, den 10. Juni:

abends 7 1/2 Uhr in den Bruchhöfen am Märchenbrunnen, Am Friedrichshof 29/31 (Kunstabend). — Referent: Marie Juchacz, MdR.

noße Reuter, auf seine im Ebert-Prozess gespielte Rolle nicht stolz zu sein. Lobender Protest der Rechten. Vorher noch tief dem Redner wiederum unerschütterliche Bemerkungen zu, die ihm eine Zurechtweisung und einen Ordnungsruf durch den Vorsteher einbrachten! Interessant bei der Auseinandersetzung war, daß auch der Volksparteiler Jafan eine Gemeinschaft mit der Wirtschaftspartei und ihren Führern ablehnte. — Im übrigen machte die Staatsberatung gute Fortschritte. Vom Titel 'Werke' wurden noch eine ganze Reihe Abteilungen erledigt, ebenso vom Titel 'Gesundheitswesen'. Beim Kapitel

Verwaltungskosten

früherer Stadt, Drehscheibe (Dnat.) die hohen Verwaltungskosten der Stadtgemeinde Berlin. Nach seiner Meinung wäre die Unmöglichkeit der Geschäftsführung daran schuld, deren Ursache in Fehlern der Organisation der Zentrale und der Bezirke liegt. Oberbürgermeister Böß gab für den Magistrat die Erklärung ab, daß der Magistrat sofort nach den Ferien mit Vorschlägen für eine Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin

herzutreten werde, die die Anstände des Stadt. Deckschiffen zu beseitigen geeignet sind. Die Debatte gab unserem Genossen Reuter Gelegenheit zu längeren Ausführungen zu der Erklärung des Oberbürgermeisters. Genosse Reuter betonte unter dem Befehl unserer Genossen, daß man die Aufgaben der Stadtgemeinde Berlin unmöglich mit doktrinar angewandten Begriffen wie 'Zentralisation' oder 'Dezentralisation' beurteilen könne.

Es gibt Gebiete in der Verwaltung, die bei einer zentralen Behandlung durchaus besser gelöst werden als bei einer dezentralen, dagegen haben wir wiederum Verwaltungsgebiete, für die die Dezentralisation, also eine örtliche Behandlung die einzig geeignete ist. Man sollte die Regelung aller dieser Fragen endlich aus dem Gebiet der Schlagwörter herausnehmen und objektiv prüfen, was im Rahmen des Gesetzes möglich ist, und was getan werden kann.

Eine so große Stadtgemeinde wie Berlin kann nicht ausschließlich von einer Stelle aus geleitet werden.

Dazu ist die Eigenart der einzelnen Bezirke zu groß. Deshalb muß eine gewisse Selbständigkeit und Verantwortung bei den Bezirken bleiben. Viel besser als eine Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin wäre eine Abänderung der Städteordnung mit dem Ziel des Einheitsmunicipalsystems. Nur so kann eine Vereinfachung der Verwaltung erreicht werden. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Versammlung hatte mit lautloser Aufmerksamkeit die grundsätzlichen Ausführungen unseres Redners angehört. Niemand wagte zu widersprechen, so daß auch bei dieser Gelegenheit wieder einmal zum Ausdruck kam, daß die sozialdemokratische Fraktion unfehlbar die Führung in der Kommunalpolitik hat. — Genosse Wendt setzte sich dann in vorgerückter Stunde für eine höhere Eingruppierung der Feuerwehreinheiten ein. Die Bestimmungen über die Stornen wurden auf Donnerstag vertagt.

Agitationsfahrt zum Volkssentscheid.

Die Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Berlin-Mitte veranstaltet auf Veranlassung des Bezirksausschusses der SPD Brandenburg Sonntag, den 13. Juni, eine Agitationssahrt nach Blumberg. Versammlungsredner und Leiter der Fahrt ist Fritz Fehrenbach. Treffpunkt Sonntag, den 13. Juni, morgens 7.45 Uhr am Stettiner Vorortbahnhof. Fahrkarte bis Buch. Von dort zweistündiger Marsch nach Blumberg. Alle Partei- und Jugendgenossen werden gebeten, sich anzuschließen.

Der Wobblin.

Von B. Trovan.

Copyright by Buchverlag, Berlin und Leipzig.

L

Der Inhaber der Bäckerei La Aurora, Señor Doug, sah aus, als ob er die Ewige Malaria hätte. Er war auch immer fränklich und lief herum wie ein totkranker. Aber essen konnte er für zwölf Lebende. Frühmorgens um vier Uhr stand er auf, trank einen Liter Milch und aß sechs Eier mit geröstetem Schinken. Dann trank er einen Kognak, und hierauf ging er auf den Markt, um für den Tagesverbrauch einzukaufen.

Der Streit ging meist um das Wasser. Wasser ist ja nun in den Tropen nicht nur eines der kostbarsten Dinge, sondern auch eines der Objekte, um die ewig gekämpft wird. Die Natur kämpft um das Wasser auf Leben und Tod; die Tiere zerstreuen sich um das Wasser oder vertragen sich um feinsten Willen so sehr, daß der durstige Jaguar dem kleinen Fischein am Wasser kein Leid antut, sondern es in ehrfurchtsvoller Entfernung vom Wasser auf dem Rückwege erwartet.

Wohlmütig anzuweisen ist der Kampf der Pflanzen und Bäume um das Wasser. Aber wenn sich die Menschen um das Wasser streiten, so sind sie allen anderen irdischen Geschöpfen in den Kampfsmitteln überlegen. Die Menschen führen den Kampf am erbarmungslosesten gegen Tiere, Pflanzen und Nachbarn.

Das Gebäude hatte nur zwei Stockwerke, unten das Café, oben das Hotel. Nach Art der meisten Gebäude in Lateinamerika war das Haus eigentlich ein Hausblock, herumgebracht um einen Hof, in dem tropische Pflanzen standen, die bis über den obersten Stock hinauswuchsen. Die Vorderfront nahm das Café ein; die rechte Seitenwand die Restaurationsküche, Toiletten, Waschräume und Vorratskammern; die linke Seite bildete Bäckerei und Konditorei und den Schlafraum der

Bäckereiarbeiter. In der Hinterfront waren die Wohnräume des Inhabers.

Das Hotel erstreckte sich gleichfalls in einem Biereck um den Hof herum, alle Türen und Fenster lagen nach dem Hofe hin, nur die Fenster der Vorderfront gingen auf die Straße. Dort befand sich ein Balkon, der die ganze Länge des Hotelstocks einnahm.

Auf dem Dach standen zwei große Wassertanks. Der eine war für den unteren Stock, der andere für den oberen. Jeder Tank hatte seine eigene Pumpe, die das Wasser mit motorischer Kraft in die Tanks pumpt. Wenn die trodene Nah-regenzeit kam, ließ der Brunnen, der zur Bäckerei und zum Café gehörte, leer, während der Brunnen für das Hotel reichlich Wasser hatte. Das Café und die Bäckerei konnten ohne Wasser nicht durchkommen, und nun begann der Kampf. Señor Doug wollte jetzt das Wasser aus dem Hotelbrunnen in seinen Tank pumpen unter der wahren Behauptung, daß er ja der Besitzer beider Brunnen sei. Der Hotelpächter aber gestattete das nicht: er hatte es in seinem Kontrakt, daß ihm der Hotelbrunnen allein zustehe. Er befürchtete, wenn er dem Café erlaube, Wasser aus seinem Brunnen zu entnehmen, daß er dann eines Tages selbst kein Wasser haben würde und den Gästen keine Bäder geben könne, und ohne Bäder ist ein Hotel in den Tropen wertlos.

Beide Brunnen waren abgeschlossen. Der Pächter hatte einen Schlüssel für seinen und Señor Doug einen Schlüssel für den Cafésbrunnen. Es blieb also Señor Doug nichts anderes übrig, als in der Nacht den Brunnen seines Pächters aufzubrechen, die Rohre zu kuppeln und die Pumpe laufen zu lassen. Wenn der Pächter die Pumpe hörte, wachte er natürlich auf, und es gab einen Nordspießkampf mitten in der Nacht. Die Hotelgäste mischten sich ein, die Cafégäste, manchmal in angeheitertem oder in kampfreudiger Laune, nahmen Partei, es flogen Flaschen, Stühle, Brote, Eisbrocken und entsetzliche Flüche und Verwünschungen durch die Luft. Die Pumpe, parteilos und absolut gleichgültig gegen das Getöse, arbeitete allein und pumpte den Tank inzwischen voll. Dann koppelte Señor Doug die Rohre ab und der nächtliche Frieden begann und wurde am nächsten Morgen aufs neue gestört. Es begann damit, daß der Hotelpächter einen Handwerker kommen ließ, der den Brunnen besonders schwer verrammeln mußte. Dann ließ Señor Doug zur Polizei, weil nach dem Gesetz niemandem das Wasser abgelsperret werden darf. Dann zeigte der Hotelpächter seinen Kontrakt, den Señor Doug eigenhändig unterschrieben hatte, und der auch die vorgeschriebenen Steuern markten trug, und die Polizei zog wieder ab. In der Nacht

wurde der Brunnen wieder aufgebrochen, weil Señor Doug ja Wasser haben mußte.

Es hatte also wohl seine guten Gründe, daß Señor Doug wie ein Sterbender aussah und trotzdem gut essen konnte.

Wenn Señor Doug heimkam, gegen sechs Uhr etwa, frühstückte er erst einmal. Fisch und Braten und eine halbe Flasche Wein, hinterher Kaffee mit drei oder vier Stücken Kuchen.

Inzwischen kamen schon Frühgäste. Dann mußte mit den Lieferanten verhandelt und abgerechnet werden; es lief die Post ein; nun kamen Bestellungen auf Brot, Brötchen, Kuchen, Torten, Badwaren und kondierte Früchte.

Um halb neun machte Señor Doug zweites Frühstück, an dem seine Frau teilnahm. Diesmal gab es neben einem Eiergericht noch zwei Fleischgerichte und großen Nachtisch mit Bier.

Señora Doug war eine hübsche Frau, aber sehr behäbig. Im Widerspruch mit der Auffassung, daß alle Wohlgenährten immer guter Laune seien, war Señora Doug ewig mißgestimmt. Nur wenn sehr viele Bestellungen auf Backwaren eintrafen, vergog sie das Gesicht zu einem kurzen Lächeln, das jedoch nur ein paar Sekunden währte. Das Café konnte zum Brechen voll sein, die Leute mochten sich um die Sitze schlagen, Señora Doug machte trotzdem ein saures Gesicht und guckte jeden Gast an, als ob er ihr persönlich schweres Leid zugefügt habe und die Absicht habe, sie für ihr ferneres Leben unglücklich zu machen. Sie trug nie Schuhe oder Stiefel, sondern immer nur weiche Pantoffel. Ich glaube nicht, daß sie jemals ausging; gesehen habe ich es nie. Sie fürchtete, daß während ihrer Abwesenheit ein Kellner sie betrügen könnte. Sie hatte ihre Augen überall; es geschah nichts im ganzen Hause, was sie nicht wußte, oder worüber sie keine Kontrolle hatte. Was sie am meisten bedauerte (eigentlich bedauerte sie alles), das war, daß der Mensch, wenigstens sie, schlafen müsse. Denn während sie schlief, konnte ja irgendwas geschehen, was sie nicht sah. Aus diesem Grunde betrachtete sie niemanden mit größerem Mißtrauen als die Arbeiter in der Bäckerei und Konditorei. Die arbeiteten nachts, zu der Zeit, wo Señora Doug schlafen mußte, um den ganzen Tag über, bis spät in die Nacht hinein, das Café zu überwachen. Obgleich sie schon alles am Halle hängen hatte, übernahm sie auch noch die Kasse. Eine Kassiererin würde es auch bei ihr nicht ausgehalten haben. Die Señora hatte ehelich sein können und unbestechlich wie der Erzengel mit dem Schwert, Señora Doug würde sie trotzdem täglich ein paarmal angeschuldigt haben, daß sie wieder zehn Pesos unterschlagen habe.

(Fortsetzung folgt.)

Sonnabend, den 12. u. Sonntag, den 13. Juni

Allgemeine Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich

Zum Ausgang der Elternbeiratswahlen. Schulaufbau mehr als 300 Siege gewonnen.

Bis Dienstag lagen von den Berliner Volksschulen, in denen überhaupt gewählt wurde, in der Zentralstelle der sozialdemokratischen Elternbeiräte nachstehende Ergebnisse, die noch nicht vollständig sind, vor.

- Liste Schulaufbau 1083 Siege.
- Liste „Kinder in Not“ 373 Siege.
- Andersbezeichnete Listen 90 Siege.
- Christlich-unpolitische Liste 1332 Siege.

Dazu kommen für die christlich-unpolitischen etwa 1100 Siege an den ihnen kampflos, vor allem in Moabit und Wedding, überlassenen Schulen, während etwa 450 Vorkandidaten an den weltlichen Schulen der Linken zuzuzählen sind. Die ersten Reibungen waren ganz offenkundig zugunsten der Christlich-Unpolitischen geschlagen. Leider haben auch demokratische Blätter von einem christlich-unpolitischen Sieg gesprochen. Bis jetzt steht schon fest, daß die Christlich-Unpolitischen zwar noch eine Mehrheit besitzen, aber doch erheblich zurückgegangen sind. Ihre eigenen Meldungen zugrunde gelegt (1924 meldeten sie 4197 Mandate, 1926 einschließlich obgenannter 1100 Siege 3232), ergibt sich für sie ein Verlust von 965 Sitzen. Die Liste Schulaufbau hat jetzt bereits mehr als 300 Mandate gegen 1924 gewonnen; auch die kommunistische Liste hat bis jetzt 205 Mandate mehr als 1924. Die Liste Schulaufbau in Weiskamer, Lichtenberg, Neukölln hat überall Mandate gewonnen. Wo die Schulen bisher nur eine christlich-unpolitische Liste hatten, muß die Schulreaktion eine Schlappe erlitten haben, worüber alles Siegesgeschrei der Rechtepresse nicht hinwegtäuschen vermag. Auffällig ist auch der geschäftliche Eifer, mit dem man überall eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 55 Proz. und einen harten Wahlkampf meldet. Das sind starke Hebertreibungen, wenn auch die Beteiligung reger als in den früheren Jahren war.

Das Ergebnis zeigt bisher, daß die Elternschaft zu erkennen beginnt, welchen politischen reaktionären Zwecken die christlich-unpolitische Bewegung dient. Noch ist die Schulreaktion nicht endgültig geschlagen, aber sie ist zurückgedrängt. Zu weit hat man sie sich in den Schulen einzunisten lassen. Es bedarf weiterer zäher Arbeit, um ihr endgültig die vor Jahren so leicht gewonnenen Positionen zu entreißen. Wir werden in Kürze nach Vorliegen der amtlichen Ergebnisse auf den Ausgang der Wahlen zurückkommen.

Ungetreue Gemeindebeamte.

Eine Unterschlagungsaffäre in Petershagen.

In der Gemeinde Petershagen an der Ostbahn bei Berlin ist man den Unterschlagungen zweier ungetreuer Gemeindebeamten auf die Spur gekommen, die sich nach vorläufiger Schätzung auf etwa 20 000 M. belaufen. Die Unterschlagungen, die in äußerst geschickter Weise von dem Rentanten Dual und dem Gemeindefreier Baes vorgenommen wurden — es handelt sich zum größten Teil um eingegangene und nicht verbuchte Steuerbeiträge — gehen bis auf das Jahr 1924 zurück. Von gut unterrichteter Seite wird uns hierzulesendes mitgeteilt:

Am 7. dieses Monats fand in Petershagen eine Gemeindevertreterversammlung unter Hinzuziehung der Deffenlichkeit statt, die sich mit den Berurteilungen des Rentanten Dual und des Sekretärs Baes beschäftigte. Die ersten Verfehlungen wurden von Gemeindevertretern, den Genossen Schumacher und Radomski, aufgedeckt. Durch eine unvermutete Revision, an der zwei Revisoren des Landratsamts des Kreises Niederbarnim teilnahmen, wurde am Sonnabend, den 3. Juni, festgestellt, daß Dual sowie Baes je über zirka 9000 M. unterschlagen hatten. Die Berurteilungen des Rentanten Dual stammen zum großen Teil aus nichtverbuchten Steuerbeiträgen und reichen bis zu Anfang des Jahres 1924 zurück. Baes dagegen entnahm in der Hauptsache Beiträge, die aus der Kasse des Pflasterkostenfonds stammen. Wie festgestellt wurde, sind beide Beamten Opfer ihrer Spielbeleidenschaft geworden, sie haben auf den verschiedensten Rennbahnen erhebliche Summen verwerthet. Immerhin muß es sonderbar an, daß in einer kleinen Gemeinde wie Petershagen Verfehlungen in dieser Höhe bisher unentdeckt bleiben konnten. Wenn auch die beiden Täter nach einem feine ausgeklügelten System die Bücher auf geschickte Weise gefälscht haben, scheint nicht zu guter Letzt auch den Gemeindevorsteher infolge seiner Unachtsamkeit ein Teil der Schuld zu treffen. Die ungetreuen Beamten sind am Montag verhaftet und nach dem Amtsgericht Alt-Landsberg übergeführt worden. Eine besondere Geschäftsfähigkeit leitete sich der Gemeindevorsteher nach in der letzten Gemeindevertreterung, indem er die Deffenlichkeit als „Gesindel“ bezeichnete und diesen Ausdruck auch nicht auf Protest des größten Teils der Anwesenden zurücknahm. Ob dieser Herr dem Posten als Gemeindevorsteher weiterhin bekleiden darf, ist nach alledem in Frage gestellt.

Neueinrichtungen bei der „Mer“.

Das bekannte Mittelasiatische Reisebureau am Potsdamer Platz — abgekürzt „Mer“ genannt — hat in der letzten Zeit auf dem Gebiete des Reisewesens eine große Anzahl zweckmäßiger und angenehmer Reiseleistungen geschaffen. Das Renommee der Tätigkeit dieses Reisebureaus besteht einerseits in der großen Vereinfachung der Fahrtscheinausgabe, andererseits in der erschöpfenden Auskunft und der genauen Zusammenstellung sämtlicher Reisen an Hand in- und ausländischer Kursbücher durch geschultes, weiseres Personal. Zur individuellen Lustkultivierung und Empfehlung zweckmäßiger Reiseziele ist dem Mer eine Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände in den gleichen Büroräumen, außerdem am Bahnhof Friedrichstraße angegliedert. Hier erhält der Reisende vollständig kostenlos Beratung und Auskunft über alle in Betracht kommenden Fragen. Sowohl in Bezug auf landschaftliche und klimatische Beschaffenheit, und auch über Unterkunft- und Verpflegungsmöglichkeiten, gesellschaftliche Veranstaltungen usw. Als weitere Neuerung hat das Reisebureau für solche Reisende, die nicht in Gesellschaft, jedoch unter Entrichtung eines Gesamtreiseflostenbetrages zu reisen wünschen, fogenannte Pauschalreisen ins Leben gerufen. Der Reisende teilt dem Bureau Reise, Dauer des Aufenthaltes und den in Betracht kommenden Geldbetrag hierfür mit. Daraufhin besorgt ihn das Reisebureau nach vorheriger Entrichtung des genau berechneten festen Kontenpunktes Unterkunft, Verpflegung, Fahrkarte usw. zu möglichst günstigen Bedingungen. Im Auslande reiste man bereits vor dem Kriege nach diesem System und es besteht kein Zweifel, daß auch der heutige Reisende diese angenehme Reiseart gerne benutzen wird. Außerdem steht das Bureau mit verschiedenen Baboverwaltungen in Verbindung und ist auf Wunsch imstande, außer Unterkunft und Verpflegung auch die Beförderung sämtlicher Kurmittel zu übernehmen. In den hierfür festgesetzten Pauschalpreis sind denn auch Kurorte, Steuer usw. enthalten. Auf Grund weitestgehender Verbindung, sowohl auf dem Land-, Wasser- und Luftwege, kann jedwede Reiseart auf genaueste und bequemste Weise zusammengestellt werden. Zur weiteren Bequemlichkeit dienen dann noch die Direktreiseflostenbriefe, deren

Hauptortteil darin besteht, daß sie im Gegensatz zu anderen Kreditbriefen durch vorherige Anknüpfung durch die Ausgabestelle zahlbar sind. Als Einzelflosten fungieren nicht bloß Banken, sondern auch Reisebureaus und Schiffslinien, so daß Abhebungen auch an Sonn- und Feiertagen erfolgen können. Das neue Reisebureau tut sein Möglichstes, durch Reiseerleichterung die Reiselust zu heben und jedermann nach besten Kräften Gelegenheit zu geben, ein neues Stück Heimat, oder gar wenn es der Geldbeutel erlaubt, fremde Länder kennen zu lernen. Weder werden die unteren Klassen von all diesen an sich begrüßenswerten Einrichtungen keinen Vorteil haben, weil Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und herabgesetzte Löhne ein Reisen von selber verbietet.

Sammelpunkte zur Demonstration am Montag, den 14. Juni im Lustgarten

Kundgebung für den Volksentscheid

- Kreis Mitte: Arkonaplatz, Abmarsch 6 Uhr.
- Tiergarten: Kleiner Tiergarten, Abmarsch 6 Uhr.
- Wedding: Brunnenplatz, Abmarsch 5½ Uhr.
- Prenzlauer Berg: Danziger Straße vor dem Bezirksamt, Abmarsch 6½ Uhr.
- Friedrichshain: Weberwiese, Abmarsch 6 Uhr.
- Kreuzberg: Rottbühler Tor, Abmarsch 6 Uhr.
- Charlottenburg: Hausvogteiplatz, Abmarsch 6½ Uhr.
- Wilmersdorf: Hausvogteiplatz, Abmarsch 6½ Uhr.
- Zehlendorf-Wannsee: Ringbahnunterführung an der Hauptstraße in Schöneberg (mit Steglitz), Abmarsch 5½ Uhr.
- Schöneberg-Friedenau: Kaiser-Wilhelm-Platz, Abmarsch 5½ Uhr. (Nachzügler 6½ Uhr Hausvogteiplatz.)
- Steglitz: Ringbahnunterführung an der Hauptstraße in Schöneberg, Abmarsch 5 Uhr (nach dem Sammelpunkt des Kr. Schöneberg).
- Tempelhof-Mariendorf: Ringbahnstation Tempelhof, Abmarsch 5½ Uhr.
- Neukölln: Reuterplatz, Abmarsch 5½ Uhr.
- Treptow: Görlitzer Bahnhof, Abmarsch 5½ Uhr.
- Köpenick: Lustgarten (Schloßseite).
- Lichtenberg: Mittelpromenade (Frankfurter Allee an der Kronprinzenstraße), Abmarsch 5½ Uhr.
- Weiskamer: Antonplatz, Abmarsch 5½ Uhr.
- Pankow: Marktplatz (Pankow), Pankow-Süd (schließt sich Röhlenstraße, Ecke Berliner Straße, an, Abmarsch 6 Uhr).
- Reinickendorf: Brunnenplatz, Wedding, Abmarsch 5½ Uhr.

Ein seltsamer Todesfall.

Unter verdächtigen Umständen wurde gestern nachmittag der 31 Jahre alte frühere Volksschaffner Gustav Bernicke aus der Gartenstraße 13 tot aufgefunden. Bernicke wohnte in diesem Hause seit sechs Monaten ein kleines einseitiges Sturzzimmer für sich allein. Zuweilen erhielt er Besuch von Freunden oder seiner Freundin. Dieses Mädchen erschien gestern auf der Woche des 5. Reviers in der Eisener Straße und teilte mit, daß Bernicke tot in seinem Bett liege. Er sei schon am Montag früh tot geworden. Diese verdächtigen Umstände veranlaßten die Beamten, die Kommission zu alarmieren. Nachdem der Befund photographisch festgelegt worden war, untersuchte Prof. Strauch die Leiche und stellte an beiden Handgelenken zahlreiche Stichwunden, die von Radeln herrühren mußten, fest. Andere Spuren äußerer Gewalt waren nicht zu entdecken. Die Freundin des Toten, die nun gehört wurde, erzählte, daß sie Bernicke am Sonntag besucht habe. Sie fand noch einen Bekannten des B. vor, einen Weinreisenden, und alle drei unterhielten sich eine Zeitlang. Gegen 10 Uhr abends ging Bernicke noch aus, während das Mädchen und der Freund in dem Zimmer zurückblieben. Um 2 Uhr nachts kam B. wieder nach Hause. Er war stark betrunken. In den Rorphyumgenuß gewöhnt, machte er sich eine Einspritzung und legte sich schlafen. Das Mädchen und der Freund übernachteten auf einer auf den Fußboden gelegten Matratze. Als sie am Montag morgen B. wecken wollten, mußten sie erkennen, daß er tot war. Der Reisende riet dem Mädchen, über den Todesfall den Mund zu halten und vorläufig keine Anzeige zu erstatten. Am Dienstag kam das Mädchen wieder nach der Gartenstraße und fand in B.s Zimmer alles unverändert. Jetzt machte sie sich Vorwürfe, geschwiegen zu haben. Sie ging nach der Revierwoche und teilte den Tod ihres Freundes mit. Der Freund des B. wurde ermittelt, außer ihm noch mehrere andere Bekannte, die die Aussagen des Mädchens bestätigten. Die Leiche des Bernicke wurde beschlagnahmt und zur Obduktion nach dem Schauhaus gebracht. Erst nach erfolgter Sektion wird sich die Todesursache mit Gewißheit feststellen lassen.

Eine geschäftsfähige Firma. Recht eigenartige Propagandaansichten scheint die Zumelehandlung Louis Werner, Friedrichs-Ecke Kronenstraße, zu haben. Sie hatte gestern ein in der Friedrichstraße gelegenes Schaufenster einfach aber geschmacklos mit Standbildern Wilhelms I und einer Plakette mit dem Abbild Friedrichs des Großen geschmückt. Dazwischen prangen in schwarzweisser Umränderung die Worte: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und den Fürsten, was der Fürsten ist.“ Diese Propaganda (sind natürlich bei den Passanten lebhafteste Anteilnahme, und die Entrüstung machte sich zum Teil recht drastisch bemerkbar. Dem Inhaber wurde anscheinend die Stimmung doch etwas unangenehm und er räumte die Wertobjekte im Fenster

Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 9. Juni.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
5 Uhr nachm.: Für unsere Kleinen. Unter Mitwirkung von Adelheid Mannstaedt und Dr. Hermann Schiff sowie der Knabenkapelle des Franziskaner-Waisenhauses, Berlin, unter Leitung von P. Scheffräk. 6-6.30 Uhr abends: Tonmusik aus dem Hotel Adlon (Kapelle Marek-Weber). Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theaterdienst. 6.50 Uhr abends: Gustav Muskat: „Verhütung und Bekämpfung von Fußkrankheiten“. 7.15-8.10 Uhr abends: Hans-Brodow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Wirtschaftswissenschaft. Staatssekretär v. D. Prof. Dr. Julius Hirsch: „Probleme des modernen Handels (Das Weltkapitalproblem)“. 7.50 Uhr abends: Abteilung Rechtswissenschaft. Geh. Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilfron: „Streitsache durch das bürgerliche Recht (Aufwertungsfragen, II. Teil)“. 8.30 Uhr abends: Norwegischer Abend. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Grieg: Norwegische Tanzweisen. 2. Svendsen: Zorahayde. 3. H. Ibsen: a) Scene aus „Peer Gynt“ (Aase: Ilka Grüning; Peer Gynt: Theodor Loos), b) Norwegische Dichtungen (Theodor Loos, Rezitationen). 4. Sinding: Sinfonie D-Dur. Allegro moderato — Andante — Allegro (Berliner Pulkorchester). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten. Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 9. Juni.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Lektor Claude Grandier und Julius Walinski: Französisch für Schüler. 3-3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Anfänger. 3.30-4 Uhr nachm.: Studienrat Friebel und Lektor Mann aus London: Englisch für Fortgeschrittene. 4-4.30 Uhr nachm.: Geh. Rat Professor Dr. Sievers: Fabrik- und Geschäftshausarchitektur. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5-5.30 Uhr abends: Anna v. Gierke: Hilfe im Haushalt, Schulküchen. 8.30 Uhr abends: Uebertragung von Berlin.

aus und ließ die eisernen Vorhänge herab. Gewiß, wenn Millionen aus dem Volkvermögen den Fürsten in die Hände fallen, dann mag sich auch das Zumelegeschäft beleben, ob aber die Abstimmenden am 20. Juni auf die zwar geschäftsfähigen, aber wenig sozialisierten Ansichten der Firma Louis Werner Rücksicht nehmen werden, das bleibt doch dahingestellt.

Auslösung auf der Haas. Ein schweres Autounfall ereignete sich gestern abend kurz vor 1/2 7 Uhr auf der Haas im Grünwald. Bei dem Kilometerstein 9,6 stürzte der Rennwagen 18035 die mehrere Meter hohe Böschung hinab und wurde vollständig zerstört. Der Führer Kurt Reugebauer und der Mitfahrer Reinhold Knid, beide aus Briesau, zogen sich hierbei erhebliche Verletzungen zu und mußten nach dem Westender Krankenhaus übergeführt werden.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Vorstellungen für Kinderbewilligung in der Städtischen Oper: Sonnabend, den 12. Juni: „Das Rheingold“; 19. Juni: „Der fliegende Holländer“; 26. Juni: „Das Rheingold“; 3. Juli: „Die Zauberflöte“. Preis der Karte 1,50 M. einschließlich Garderobe und Theaterzettel. Karten zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen, Zimmer 8 und in allen bekannten Verlagsstellen. — Arbeiterbildungsausschuss: In Ober-Steglitz bei Freinwalde a. D. findet in der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli ein Ferienkurs statt. Das Vorzugsthema lautet: Der Kampf ums in der Gegenwart. Lehrer: Dr. Karl Schröder. Unterkunft und gute Verpflegung pro Tag 3,50 M. Körpergymnastik für den ganzen Kursus 5 M. Meldungen erbeten bis spätestens Montag, den 14. Juni, im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr., Zimmer 8.

Berein der Freidenker für Feuerbestattung. Am Donnerstag, den 10. Juni abends 7½ Uhr, im Bezirk Reinickendorf, im „Ramlow's Rekonstruktions“, Großgörschstraße: Mitgliederversammlung des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Lenge. 2. Wahl der Bezirksleitung. Alle Parteigenossen und Genossen, die Mitglieder des Vereins der Freidenker sind und im Bezirk Reinickendorf wohnen, werden ersucht, zeitlich zu erscheinen. Seine Stimme der SPD.

Ueberschwemmungskatastrophe in Rumänien.

Jahrhundert Menschenopfer.

Bukarest, 8. Juni. (U.) Durch das in den letzten Tagen niedergegangene Regenwetter ist eine neue Ueberschwemmungskatastrophe über Rumänien hereingebrochen, die sich nach den bisherigen Nachrichten als die schlimmste seit 1918 darstellt. Nach den aus der Provinz vorliegenden Meldungen sind schon Hunderte an Menschenopfern zu beklagen. Der gesamte Zugverkehr sowie die telephonische und telegraphische Verbindung ist eingestellt. Die Ernte ist durch die andauernden Hagelschläge fast vollständig vernichtet. Auch der Zugverkehr zwischen Rumänien und Deutschland ist unterbrochen. Der Schienenstrang über die Moldau ist in einer Länge von 9 Kilometer überflutet. Die Schienen sind durch die Wassergewalt um etwa 800 Meter zur Seite gehoben worden. Zwei Eisenbahnregimentier sind zur Hilfeleistung entsandt worden, haben jedoch bisher nichts ausgerichtet können. Ein Zug der Strecke Bukarest-Jassy mit 300 Reisenden ist im Wasser stecken geblieben. Da der Bahndamm vollständig zerstört ist, kann den Reisenden keine Hilfe geleistet werden, so daß man um ihr Schicksal besorgt ist. Nach einer amtlichen Mitteilung ist wegen des Hochwassers der Verkehr von Bukarest nach Warschau, nach Prag, nach Breslau stillgelegt worden. Auch der innerumänische Verkehr ist vollständig unterbrochen. Im Drachowa sind riesige Eisblöcke angeschwemmt worden, die die Landstraßen sowie die Eisenbahnen auf einer Strecke von 3 Kilometer Länge bedecken. Auf dem Fluß Dniub sind zahlreiche Leichen herabgeschwemmt worden. In der Stadt Targowisch wurde das Kraftwerk zerstört. Zahlreiche Häuser wurden vollständig vom Wasser fortgerissen. Eine große Fabrik stürzte vollständig zusammen. Der Schaden geht in die Millionen. Von Baku wird gemeldet, daß auch die Ueberschwemmung des Kura immer größeren Umfang annimmt. Das Wasser ist um zirka vier Meter gestiegen. Im Bezirk Baku stehen 200 Häuser unter Wasser. Die Verbindung zwischen einer ganzen Reihe von Städten ist vollständig unterbrochen.

Die Hochwasserkatastrophe in Rußland.

Die Ueberschwemmung des Wolgagebietes nimmt weiter gefährliche Formen an. Das Wasser steigt stündlich mit großer Schnelligkeit, und eine ganze Reihe von Städten stehen jetzt fast vollständig unter Wasser. Im Reichsbild von Astrachan sind 6000 Arbeiter mit 2000 Pferden beschäftigt, die niederen Teile der Stadt durch Dämme zu schützen. Auch in der Umgebung von Rihni-Komgorod ist das Wasser in den letzten Tagen wieder gestiegen. hauptsächlich im Fabrikviertel hat die Ueberschwemmung wieder großen Schaden verursacht. Zwölf Häuser wurden vollständig vom Wasser fortgerissen. Eine große Fabrik stürzte vollständig zusammen. Der Schaden geht in die Millionen. Von Baku wird gemeldet, daß auch die Ueberschwemmung des Kura immer größeren Umfang annimmt. Das Wasser ist um zirka vier Meter gestiegen. Im Bezirk Baku stehen 200 Häuser unter Wasser. Die Verbindung zwischen einer ganzen Reihe von Städten ist vollständig unterbrochen.

Ein Wildweststück bei Magdeburg.

Magdeburg, 8. Juni. (W.B.) Zwei Männer, die eine Autodrahe zur Fahrt nach Wolmirstedt gemietet hatten, zwangen den Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver, sich seines Mantels und seiner Westfalten zu entledigen. Als er auf ihr Geheiß die Autonummer entfernen sollte, gelang es dem Chauffeur, einen der Banditen mit der Zunge niederzuschlagen und trotz der Schüsse des anderen zu entfliehen. Die von ihm benachrichtigte Gendarmerie stellte die Flüchtigen in der Nähe von Genthin. Es entspann sich eine Schießerei, bei der einer der Räuber getötet und ein Gendarm schwer verletzt wurde.

Hochwasserkatastrophe in Frankreich. Wie aus St. Etienne berichtet wird, ereignete sich dort gestern abend eine Hochwasserkatastrophe, durch die fünf Personen schwere Brandwunden erlitten. Die Schwerverletzten wurden in das Krankenhaus geschafft. Es besteht wenig Aussicht auf ihre Rettung.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einführungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirksleiteramt, Berlin SW 68, Lindenstraße 2, 2. Hof, 2 Trepp. rechts, zu richten.

1. Kreis. Arbeitergemeinschaft des Arbeiterkreises Mitte: Die Kreisführerbesprechung, welche ursprünglich am 19. Juni stattfinden sollte, wird wegen der für den 18. Juni geplanten Kreisdemonstration und wegen des Volksentscheides auf den 26. und 27. Juni vertagt. Alle Kreisführerbesprechungen betreffen sich geschlossen an der Demonstration und den Wahlarbeiten zum Volksentscheid. Die nächste Kreisführerbesprechung findet Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 8½ Uhr, in der Schule Gildenerstraße 19 statt. Tagelöhner und städtisches Erwerbslosentum aller Gruppen abends 8 Uhr unbedingt erforderlich.
2. Kreis. Prenzlauer Berg. Die Parteimitglieder zu den öffentlichen Versammlungen am 18. und 19. Juni sind durch die Arbeiterbesprechungen freigesetzt, den 11. Juni, nachmittags von 5 bis 6 Uhr abzuhalten. 24., 25., 26. und 28. Juni, nach der Session 2024, am 27. Juni abends 7 Uhr, treffen sich die Parteimitglieder und Parteimitglieder bei Bezirk. Dierfeldstraße 76, zu einer freien Besprechung.
3. Kreis. Friedrichshagen. Am 7. Juni abends 7 Uhr, treffen sich die Parteimitglieder und Parteimitglieder bei Bezirk. Dierfeldstraße 76, zu einer freien Besprechung.
4. Kreis. Tempelhof. Arbeiterpartei, Marienstraße, Nischenstraße. Des russischen Sozialismus „Vaterland“ „Pestana“ läuft als Veranstaltung des Kreisbildungsausschusses am Dienstag, den 8. Juni, am Donnerstag, den 10. Juni, in den Tiniel-Schulplätzen, Tempelhof, Friedrich-Rain-Straße, in drei Besprechungen, und zwar um 6½ Uhr, 7½ Uhr, 8½ Uhr. Besuchen, sonst für Wiederholung für des entsprechenden Führers.

Erstes Jahr Reichsbahngesellschaft.

819 Millionen Betriebsüberschuss - 156 Millionen Reingewinn.

Der erste Abschluss der Deutschen Reichsbahngesellschaft liegt vor. Er berichtet über den Betrieb und das Geschäftsergebnis der Deutschen Reichsbahn von 15 Monaten; vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925. Das Normaljahr ist das Kalenderjahr; die drei Monate 1924 seit der Übernahme der Reichsbahnen durch die Gesellschaft bis zum Beginn des eigentlichen Geschäftsjahrs 1925 sind in den Bericht mit einbezogen. Die Reichsbahngesellschaft betreibt das größte Einheitsunternehmen der Welt. Dieses Unternehmen ist Eigentum des Staates. Die Reichsbahngesellschaft ist nur Betriebsgesellschaft, vom Deutschen Reich auf dem Weg des Gesetzes zum Betrieb der reichseigenen Eisenbahnen bestellt.

Das Vermögen der Betriebsgesellschaft.

Die Bilanz besteht aus drei Teilen: Der Größungsbilanz zum 1. Oktober 1924, der Abschlussbilanz zum 31. Dezember 1925 und der Gewinn- und Verlustrechnung. Die Gewinn- und Verlustrechnung wird durch eine Statistik der Einnahmen und Ausgaben der Reichsbahngesellschaft ergänzt.

Den beiden Bilanzen liegt nicht zugrunde, wie sonst bei Kapitalgesellschaften, eine Bewertung der Anlagen. Als reine Betriebsgesellschaft, die den Betrieb zu führen, die Anlagen zu erhalten und zu erneuern und nach den Bedürfnissen des Verkehrs auszubauen hat, der außerdem durch Gesetz Kapitalhöhe sowohl als für die Reparationsverpflichtungen bestimmte Leistungen auferlegt sind, bewertet die Reichsbahngesellschaft ihr Vermögen (Aktiva) nach ihren Verpflichtungen (Passiva). Vermögen und Schulden, die sich aus dem laufenden Betrieb, der Erhaltung und dem Ausbau der Bahnen ergeben, ergänzen die Vermögensaufstellung zum Geschäftsabschluss, dessen Saldo Gewinn oder Verlust ausweist.

So entspricht dem Stammkapital von 13 Milliarden, den an das Reich begebenen 0,5 und den Reparationsschuldverschreibungen von 11 Milliarden in den Passiva ein „Betriebsrecht“ an übernommenem Reichseisenbahnvermögen von 24,5 Milliarden in den Aktiva. Was die Reichsbahngesellschaft an neuen Anlagen während der Dauer des Betriebsrechts erstellt, wird unten den Aktiva als „Betriebsrecht am Anlagevermögen“ ausgewiesen; für 1924/25 ein Betrag von rund 239 Millionen Mark. Daneben enthält die Bilanz in den Passiva zwei Posten, die zwar ebenfalls dem Betrieb zugehörig sind, aber aus ihm einnimmen werden, die aber besonderer Art sind: Die „Betriebsrücklage“ mit 758,09 Millionen, die von der alten Reichsbahnverwaltung übernommen wurde und 1925 unangetastet blieb und die „gesetzliche Ausgleichsrücklage“, die bis 500 Millionen aufzufüllen und Ende 1925 mit 113,37 Millionen dotiert ist. Die übrigen Posten der Bilanz sind Posten des laufenden Geschäfts. In ihnen kommt die eigentliche Betriebsführung durch die Reichsbahngesellschaft zum Ausdruck.

Günstige Entwicklung.

In diesen Posten zeigt die Abschlussbilanz für 1925 gegenüber der Größungsbilanz vom 1. Oktober 1924 starke Veränderungen, und zwar nach der günstigen Seite. Die Betriebsvorräte, die die Größungsbilanz noch mit 631 Millionen bewertete, brauchten zur Bilanzierung nur mit 485,36 Millionen herangezogen zu werden. Sie sind „vorsichtig“ bewertet; in ihnen stecken hohe Bilanzreserven. Kasse und Bankguthaben, die ständigen Mittel der Gesellschaft, sind enorm vermehrt. Mit 488,75 Millionen sind sie gegenüber der Größungsbilanz (182,83 Millionen) genau verdreifacht. Beteiligungen (Verkehrsreditbank und „Europa“) mit 6,5 Millionen sind ebenfalls vorsichtig bewertet und umfassen nur solche Beteiligungen, die von der Reichsbahngesellschaft selbst nach dem 1. Oktober 1924 erworben wurden. Sie sind also aus den Betriebsergebnissen beschafft und dem Reingewinn eigentlich hinzuzuzählen. Bei den Forderungen und Schulden zeigt sich ebenfalls eine Entwicklung nach der günstigen Seite: gegenüber der Größungsbilanz sind die Forderungen von 72,63 auf 118,27 Millionen erhöht, die Schulden von 110,96 auf 33,36 Millionen gesenkt. Bei den Forderungen ist allerdings ein Ausgleichsposten von 38 Millionen (Vorzugsaktien an das Reich, deren Gegenwert Januar 1926 abgerechnet wurde) in Abzug zu bringen.

Die Gewinne.

Die Gewinn- und Verlustrechnung baut sich für die Hauptleistungen und -ausgaben aus dem gesondert mitgeteilten Betriebsabschluss der Reichsbahngesellschaft auf. Die Einnahmen der Betriebsrechnung belaufen sich auf 5,67 Milliarden Mark (Personenverkehr 1,71, Güterverkehr 3,54, sonstige 0,42 Milliarden Mark). Die Ausgaben der Betriebsrechnung betragen 4,85 Milliarden Mark. Daraus entfallen auf persönliche Ausgaben 3,01 Milliarden (Beamte 1301 Millionen, Angestellte und Betriebsarbeiter 430 Millionen, Pensionen, Bartgeld und Hinterbliebenenbezüge 494 Millionen, sonstige 287 Millionen). Die Sachausgaben betragen 1,84 Milliarden (Ausstattungsgegenstände und Betriebsstoffe 540, Unterhaltung und Erneuerung der Bauten 607, desgleichen für Fahrzeuge und maschinelle Anlagen 571 und sonstige Sachausgaben 117 Millionen). Der Überschuss der Betriebsrechnung beträgt 818,76 Millionen Mark. Dieser Betriebsüberschuss ist der Rohgewinn, von dem die Gewinn- und Verlustrechnung ausgeht. Die Verwendung dieses Rohüberschusses ist der Gesellschaft für einen Fall überhaupt nicht (Reparationsdienst) und für einen Fall nur zum Teil in der Hand (gesetzliche Ausgleichsrücklage). Auf den Reparationsdienst entfallen vom Betriebsüberschuss 390,51 Millionen, auf die Ausgleichsrücklage 113,73 Millionen Mark. Der Rest von 306,08 Millionen kommt mit runden 150 Millionen auf Abschreibung (Rückstellung für Betriebsrechtsabschreibung und Verlustgefahre): 154,08 Millionen sind der ausgewiesene Reingewinn. Der Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft hat beschlossen, diesen Gewinn in das nächste Jahr vorzutragen bis auf 2,97 Millionen Mark, die das Reich als 7prozentige Dividende für gegen gewährte Kredite ausgedungelte Vorzugsaktien erhält. Das Reich, als die Eigentümerin der Bahnen, und der 13 Milliarden Stammaktien hat also aus dem Betrieb des größten Unternehmens für 1924/25 seinen Gewinn. Die 500 Millionen Vorzugsaktien, die das Reich außerdem besitzt, werden mit ihren 7 Proz. Dividende erst am 1. Juli 1926 bezugsberechtigt.

Schwere Mängel.

Es war zweifellos nicht einfach, eine solche Bilanz rein formell zustande zu bringen. Doch scheint diese Frage gut gelöst. Darüber hinaus aber gibt der Geschäftsbericht Anlass zu scharfer Kritik.

Es mag berechtigt sein, auf den Einzelausweis und die Bewertung der festen Anlagen und des beweglichen Materials zu verzichten. Für die Vorräte aber ist eine Sonderaufstellung mit spezieller Bewertung möglich und notwendig. Ebenso ist es unmöglich, so tiefenhafte Posten unspezialisiert zu lassen, wie sonstige Einnahmen mit 421 Millionen, sonstige persönliche Ausgaben mit 287 Millionen und sonstige Sachausgaben mit 117 Millionen. Das sind Einnahme- und Ausgabenposten von nicht weniger als 825 Millionen Mark. Dann sagt der Geschäftsbericht, daß für 998 Millionen Neuanlagen, Erweiterungen und Verbesserungen erfolgt seien. Auch dieser Aufwand ist zu spezifizieren. Die Reichsbahngesellschaft begünstigt durch solche Sammelposten die Induzierbarkeit der Geschäftsführung. Dazu hat die Reichsbahngesellschaft kein Recht. Es kann nicht genügen, ein großes Tabellenwerk und einen gewiß umfangreichen Spezialbericht über den Betriebsablauf anzufügen, dabei aber den Einblick in die Geschäftsführung durch die Bilanz und die Überschussrechnung zu verbergen.

Das Recht der Demokratie.

Die Reichsbahn soll kaufmännisch betrieben werden; das heißt aber nicht, daß sie sich wie eine privatkapitalistische Aktiengesellschaft der Öffentlichkeit und dem Gesamtinteresse gegenüber sich benimmt. Im Verwaltungsrat sitzen von deutscher Seite nur Vertreter des Staates und des Privatkapitals. Es liegt nahe, daß in den hochkapitalistischen Verhältnissen Deutschlands der Geist wie der Inhalt der Geschäftsführung von den Spezialinteressen des Industrie- und Finanzkapitals beeinflusst wird. Geschieht das, und die Abbau- und Lohnpolitik der Reichsbahngesellschaft lassen manninglich Zeichen dafür erkennen (abgesehen von der absolut unkontrollierbaren Auftragsvergebung), so wird ein öffentliches Interesse verletzt. Der Geschäftsbericht sagt absolut zu Unrecht, die Reichsbahn habe „als Mitglied der Wirtschaft ihre Arbeiterlöhne an die Löhne vergleichbarer Industriearbeiter anzupassen“. Für einen öffentlichen Betrieb ist es selbstverständlich, daß er seinen Arbeitern und Angestellten das wirtschaftliche Höchstmaß an Löhnen und Gehältern zu zahlen hat. Wenn daher der Geschäftsbericht weiter sagt, daß die Reichsbahngesellschaft ihre große Aufgabe nur im Besitz des Vertrauens der Öffentlichkeit erfüllen könne, so ist doch in der Demokratie eines Industriestaates das arbeitende Volk die Öffentlichkeit, und für die Reichsbahngesellschaft hat das Vertrauen des arbeitenden Volkes wichtiger zu sein, als das Vertrauen derer, denen es die Dividende schenkt. Um dieses Vertrauen hat die Reichsbahngesellschaft zu werben.

Der Arbeitsmarkt der ersten Juniwoche.

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich auch in der ersten Juniwoche, nach den Berichten der Landesarbeitsämter, nicht geändert. In den Bezirken Pommern, Brandenburg, Mecklenburg, Vorpommern, Ostpreußen, Thüringen und dem Bezirk Straubing ist die Zahl der Erwerbslosen etwas zurückgegangen. In den Bezirken Niederschlesien, Provinz Sachsen, Rheinland, Hessen, Hessen-Rarssau, München, Augsburg, Nürnberg und Würzburg, besonders stark aber in Berlin, hat sie zugenommen. In den übrigen Bezirken ist sie ungefähr gleich geblieben.

Die Wirtschaftsenquete.

Die gestrige Sitzung des Ausschusses zur Untersuchung der Produktions- und Absatzmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft brachte eine allgemeine Aussprache über die Arbeiten der Kommission. Nachdem Graf Reysersling die Wünsche der Landwirtschaft an den Ausschuss vorgebracht hatte, erwiderte ihm Genosse Dr. Fritz Bode, der verlangte, daß die Grundlagen einer Agrarpolitik auf lange Sicht herausgearbeitet werden müßten. Genosse Hilferding stellte im einzelnen Forderungen zu dem Arbeitsprogramm. Nach längerer Debatte, an der noch der Kommunist Koenen und die Abgeordneten Dernburg, Richtofen und v. Kautner sowie Prof. Heile teilnahmen, schloß die Sitzung. Nachmittags traten die Unterausschüsse zusammen.

Zum Präsidenten der Wirtschaftsenquete-Kommission wurde Dr. Sammers vom Reichsverband der deutschen Industrie ernannt; er bildet zusammen mit den stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Hilferding, Graf Reysersling und Prof. Harms den Vorstand.

Zur Zeichnung der Reichsbahnanleihe. Am 10. Juni beginnt die öffentliche Zeichnung auf die von der Reichsbahn zum Verkauf gestellten 7prozentigen Vorzugsaktien. Die Bedingungen haben wir bereits früher mitgeteilt. Mit den Vorzugsaktien ist das Recht auf Kapitalrückzahlung verknüpft (bis 1940 mit 120 Proz., bis 1950 mit 110 Proz., später zu Part), die 7prozentige Dividende ist vom Reich garantiert; bei einer Verteilung von Reingewinnen durch die Reichsbahngesellschaft kommt eine Superdividende hinzu, die Anleihe ist reichsmündelsicher, der Zeichnungspreis beträgt 95 1/2 Proz. Hinzukommt für den Fall einer Kapitalertragssteuerverhöhung über 10 Proz. hinaus die Verpflichtung der Reichsbahn, die Erhöhung zu tragen. In die Hand des Zeichners kommen grundsätzlich nur Zertifikate, nicht die Vorzugsaktien selbst. Die Aktien bleiben zur zweckmäßigen Regelung des Stimmrechts bei der Reichsbank (auf 500 Millionen Vorzugsaktien kommt ein Sitz im Verwaltungsrat). Nur die Zertifikate sind börsenhandels- und lombardfähig. Für Kleinzeichnungen sind 5 Millionen à 200 M. bestimmt (ein bemerkenswerter kleiner Teil!). Die Reichsfinanzverwaltung und die Reichsbank haben 50 Millionen von den 150 Millionen bereits fest übernommen. Auf eine Anfrage, wie hoch die Provision der vermittelnden Banken sich beläuft, wurde von einem Vertreter der Reichsbank bemerkenswerterweise erklärt, daß das eine Angelegenheit der Konjunkturalbanken sei, die vertraulich zu behandeln ist.

Fusion in der Telephonindustrie. Die Ferdinand Schuchardt, Berliner Fernsprech- und Telegraphenwerk A.-G. und die Telephon-Aktiengesellschaft nehmen vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung eine Fusion vor. Die Telephon A.-G. wird durch die Schuchardt A.-G. übernommen, und zwar unter Ausschluß der Liquidation bei Austausch von 600 000 M. Telephon-Aktien gegen 250 000 M. Schuchardt-Aktien.

Dividendenlegen der Kapitalnot: 62 Proz. Reingewinn. Die Deutsche Kreditversicherung A.-G. beschäftigt sich mit der treuhänderischen Vermittlung und Sicherstellung von Industriekrediten, die der deutschen Wirtschaft im Inland und vom Ausland gegeben werden. Insbesondere steht sie der vor einigen Wochen in New-York gegründeten German Credit and Investment Corp. nahe, wie sie überhaupt von amerikanischen, auch englischen, holländischen und schweizerischen Banken Treuhandschaften für bedeutende Summen erhielt. Sie erzielte für 1925 einen Reingewinn von 411 000 M., gegenüber 1924 mit 132 000 M. fast das Dreifache. Das Grundkapital beträgt 500 000 M. Der Reingewinn beträgt im Verhältnis dazu über 82 Proz. Zur Verteilung kommt eine Dividende von 20 Proz. gegen 15 Proz. im Vorjahr.

Ein internationales Zementkartell? Mitteilungen des Vorstands auf der Generalversammlung der Portlandzementwerke Heidelberg-Rannheim-Stuttgart lassen darauf schließen, daß ein internationales Zementkartell im Werden ist. Die Verhandlungen der drei deutschen Verbände hierzu, des süd-, west- und norddeutschen Zementverbandes, stehen vor dem Abschluß. Mit dem Schweizer Zementkartell ist bereits ein Vertrag auf zehn Jahre abgeschlossen worden. Auch mit den österreichischen Zementfabriken wurde eine Preisvereinbarung getroffen. Gleichzeitig wird für den Heidelberg-Rannheim-Konzern mitgeteilt, daß der bisherige Inlandsablauf um 20 Proz. niedriger sei als in gleichen Monaten des Vorjahres, daß zwar die Gesellschaft in der letzten Zeit die Aktienmehrheit der Zementfabrik Riegersfeld angekauft, aber auch drei kleinere Werke (Chingen, Redareiz, Offenbach) stillgelegt habe.

ORIENT-TABAK- u. ZIGARETT-FABRIK „YENIDZE“ JNH. HUGO ZIETZ, G.M.B.H.

Das hohe „C“

-eine neue 6 Pfg.-Zigarette-bringt gleich dem rein und einschmeichelnd vorgetragenen hohen C des Sängers höchste Qualitäten zum Ausdruck. Die neue Zigarette rückt die Kunst der Tabak-Auswahl und Tabak-Mischung in hellste Beleuchtung und vermittelt beim Rauchen eine bisher nicht erreichte wohlige und zugleich charakteristische Wirkung. Sie läßt das Feine, Zarte und doch Intensive mit gleicher Sinnfälligkeit hervortreten.

Aber auch der 5 Pfg.-Zigarette „Adagio“ ist jenes Besondere gegeben, das eine leichte und feine Zigarette haben muß, um ganz in ihren Bann zu zwingen.

Bitte prüfen Sie



Das hohe „C“

und Adagio

DRESDEN, KÖLN, KÖNIGSBERG (PR.) SEIFHENNERSDORF (SA)

Etatabstimmungen im Landtag.

Hauszinssteuer angenommen. — Abstimmung über Bestellung von Reichsratsmitgliedern wieder gescheitert.

Im Landtag begründete gestern vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Steinhoff (Dnat.) einen Antrag seiner Fraktion, der Auskunft darüber verlangt, warum der verantwortliche Redakteur der deutschnationalen Wochenzeitung „Preussische Landeszeitung“, Major a. D. Lyons, gestern früh verhaftet worden sei.

Der deutschnationale Antrag, der überdies die sofortige Haftentlassung des Majors a. D. Lyons verlangt, wird mit der Zustimmung verbunden.

Abg. Abel (Komm.) verlangt daß als erster Punkt ein Antrag seiner Partei beraten wird, der sich dagegen wendet, daß die Polizeibehörden in Niedersachsen zur Unterstützung des Oberpräsidenten Roste Sammlungen zur Durchführung des Volksentscheides auf Grund einer Polizeiverordnung von 1844 verboten haben.

Da von keiner Seite des Hauses Widerspruch erhoben wird, ist der kommunistische Antrag angenommen. (Heiterkeit.) Redner begründet dann den kommunistischen Antrag und richtet heftige Angriffe gegen den Oberpräsidenten Roste.

Abg. Cohnert (Soz.) von den Kommunisten mit Rufen wie „Roste-Ketter“ usw. empfangen, erklärt, Oberpräsident Roste habe sich bei seinem Vorgehen gegen die kommunistischen Geldsammlungen als Staatsbeamter an die bestehenden Gesetze selbstverständlich halten müssen. Eine Änderung dieser Gesetze könne man verlangen. Daß man aber wegen der Ausführung der bestehenden Gesetze Roste in so standesloser Weise angreift, weise ich mit allem Nachdruck und großer Entrüstung zurück. (Värm bei den Kommunisten.) Es ist ein Skandal, den sich nur die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag leisten konnte.

Der kommunistische Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen.

Das Haus legt die zweite Beratung des Justiz-Haushalts

fort.

Abg. Eichhoff (D. Sp.) erklärt die Behauptung, daß der Preussische Richterverein aus Feindschaft gegen die Demokratie zu seinem Beschluß gekommen sei, eine Doppelmitgliedschaft nicht zuzulassen, müsse nachdrücklich zurückgewiesen werden. Der Justizminister habe zu der Hamburger Rede des Ministerpräsidenten erklärt, daß die angestellten Untersuchungen keinen Anhalt zu der Vermutung des Ministerpräsidenten gegeben hätten, daß die Richter absichtlich die Öffentlichkeit ausgeschlossen hätten, um sich so vor die Hintermänner der Angeschuldigten zu stellen, und ihre Bestrafung zu hindern. (Sehr richtig! rechts.) Es bleibe überhaupt dunkel, was der Ministerpräsident eigentlich habe sagen wollen. (Sehr richtig! rechts.) Der Ministerpräsident muß endlich in der Öffentlichkeit eine reifliche Klarstellung vornehmen.

Abg. Obusch (Komm.) wendet sich hauptsächlich gegen die Behandlung der Fremdenangelegenheiten.

Die Weiterberatung wird dann durch Abstimmungen unterbrochen. Zunächst werden die restierenden Abstimmungen zur zweiten Beratung des Entwurfs über die

Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates

durch die Provinzialverordnungen vorgenommen. Zuerst wird namentlich abgestimmt über den gemeinsamen Antrag der Volkspartei, der Sozialdemokraten und des Zentrums. Abgegeben werden nur 206 Karten. Das Haus ist also

beschlußunfähig.

Der Präsident beruft auf sofort eine neue Sitzung ein, in der die Vorlage über die Reichsratsstimmen nicht mehr zur Erledigung steht. Das Haus nimmt die Abstimmungen zur zweiten Beratung der Hauszinssteuer

vor. Nach Ablehnung sämtlicher Anträge der Rechten und der Kommunisten wird das Gesetz in zweiter Lesung

nach den Ausschußbeschlüssen angenommen.

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt des

Finanzministeriums.

Die einzelnen Kapitel und Positionen werden nach dem Be-

schlusse des Hauptausschusses angenommen, dazu eine Reihe von Entschließungsanträgen. Danach soll u. a. eine Angleichung der Aufstiegverhältnisse der preussischen Beamten an die der Reichsbeamten erfolgen. Mit allem Nachdruck soll eine Vereinfachung und Verringerung der staatlichen Verwaltung durch eine durchgreifende Reform bei den Ministerien und Behörden durchgeführt werden.

Damit war die zweite Beratung des Haushalts des Finanzministeriums erledigt. Es schließt sich an die Abstimmungen zum Haushalt der

Seehandlung.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag der Deutschvölkischen, der von den Deutschnationalen unterstützt wird und eine Anweisung an die Seehandlung fordert, den nach dem 1. April 1914 zugewanderten Ostjuden jeglichen Kredit zu verweigern, gegen die Rechte abgelehnt. Ablehnung fand auch ein sozialdemokratischer Antrag, die Leistungszulage für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsbank unter Anlehnung an die Reichsbank auf 25 Proz. festzusetzen. — Damit war die zweite Beratung auch des Haushalts der Seehandlung erledigt. Das Haus setzte die unterbrochene

Aussprache zum Justizhaushalt

fort. Staatssekretär Frihe äußert sich zu dem deutschnationalen Antrag wegen der Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs Lyons. Die Polizei habe nur einen Vorführungsbefehl ausgeführt, der in dem Verleumdungsverfahren des Außenministers Dr. Stresemann erlassen wurde, bevor der Vergleich zwischen den Parteien zustande kam. Irgendeine Schuld treffe also die Behörden nicht. — Durch Heraushebung der Altersgrenze der Richter würde unabänderlich eine Stagnation in der gesamten Beförderung eintreten. — Ueber die Vorwürfe gegen Landgerichtsdirektor Bombe und Landgerichtsrat Bombaum bezieht sich der Redner auf seine Äußerungen im Hauptausschuß. Man dürfe nicht jeden kleinen Fehler oder auch eine objektive Unrichtigkeit immer gleich als bewußte sachliche Verleumdung zurückführen. Das gleiche gelte von den Vorwürfen gegen den Oberstaatsanwalt Jäger. Jäger müsse rechtlich oder tatsächlich sich gerechtfertigen. Man würde ja die Vorwürfe gegen Jäger noch im Feme-Ausschuß im einzelnen prüfen.

Abg. Geymel (Dem.) betont, daß an der Justiz, auch wenn sie noch so gut ist, immer Kritik geübt werden müsse. Der schneidige Top des Staatsanwaltschaftsrats Kuhlmann müsse unter den Richtern ausgemerzt werden. Den Fall Bombe dürfe man nicht zu leicht nehmen. Die Brüstierung des preussischen Ministerpräsidenten durch den Landgerichtspräsidenten in Briesg, der sich gegen eine Breslauer Zeitung gemandt hatte, weil diese die Ausführungen des Ministerpräsidenten wiedergegeben habe, könne auf keinen Fall gebuldet werden. Für eine Beschimpfung Seevergers sei ein Mann zu 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Noch heute gehen Urteile „im Namen des Königs“ heraus. Redner empfiehlt modernen Geist beim Strafvolzug und Säuberung der Staatsanwaltschaft von Elementen, die nicht im Sinne der Weimarer Verfassung wirken. Die Justiz müsse „verreichlicht“ werden. Die Altersgrenze der Richter über 65 Jahre dürfe kurzzeit nicht erhöht werden. Es sei nicht Aufgabe der Rechtsprechung, Systeme zu gestalten, sondern für die Partei das Richtige zu finden. Rechtsprechung und Recht müßten volkstümlicher gestaltet werden.

Abg. Haase-Virgnit (Wirtsch. Bgg.) trägt Beamtenwünsche vor.

Der geschwächte Gesundheitszustand des Justizministers ermögliche es diesem kaum, die Bürde des Ministeriums leicht zu tragen.

Die alten Schwurgerichte müßten mit stärkerer Heranziehung des Laienelements wieder hergestellt werden.

Die Weiterberatung wird unterbrochen. Die vom Präsidenten vorgeschlagene Vornahme der dritten Beratung der Hauszinssteuer in der morgigen Sitzung scheitert am Widerspruch der Kommunisten und Deutschnationalen.

Um 1/6 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung des Justizhaushalts auf Mittwoch 12 Uhr. Außerdem kleine Vorlagen.

Ein Regierungsentwurf, der diese ganze Materie neu regeln will, liege bereits im Kabinett vor.

Er beantrage, die Beratung des Antrages Fried zu vertagen, bis sie mit der Beratung des Regierungsentwurfs verbunden werden könne. Die Regierung müsse bis dahin spätestens auch die längst zugesagte Liste der Reichskanzler, Minister usw., die Pension beziehen, vorlegen. Mit dieser Liste werden die Rechtsparteien eine große Enttäuschung erleben. Trotz des Widerpruchs von Dr. Fried wurde nach dem Antrag vom Genossen Stücken beschlossen.

Ein Antrag Morath (D. Sp.) und Genossen über die Zulassung von Sekretären zur Ergänzungsprüfung wurde auf 14 Tage zurückgestellt, um der Regierung die Möglichkeit zu geben, weiteres Material beizubringen.

Ein Antrag Schmidt-Stettin (Dnat.) und Genossen, der gleichzeitig auch von den meisten anderen Fraktionen unterschrieben war und von den geprüften Zahlmeisteranwärtern handelt, die aus Anlaß der Auflösung des alten Heeres ausscheiden mußten, wurde, als durch die Maßnahmen der Regierung erledigt, zurückgezogen. Ein die gleiche Materie behandelnder weitergehender Antrag Dr. Fried und Genossen verfiel der Ablehnung.

Das Reichsknappschaffsgesetz.

Zweite Beratung im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über Abänderung des Reichsknappschaffsgesetzes fort.

Abg. Imbusch (Z.) erklärt gegenüber dem Abgeordneten Leopold (Dnat.), daß nicht das vorliegende Gesetz den sozialen Frieden gefährde, das besorgten vielmehr die Unternehmer, indem sie die Leistungen der Versicherung herabzudrücken suchten. Eine Vereinheitlichung der Versicherung für alle Arbeiter und Angestellten sei gewiß wünschenswert, aber dieses Ziel sei bisher nicht zu erreichen gewesen, daher müsse man der besonderen Knappschaffsversicherung zustimmen. Der Redner begründet eine Reihe von Anträgen des Zentrums, die sich auf die Berechnung der Renten, der Kinder- und Hinterbliebenenrente sowie auf die Wahl der Verwaltungsorgane beziehen. Lebhaftige Beschwerde führt der Redner darüber,

daß die Unternehmer vielfach die ordnungsmäßige Beratung wichtiger Fragen des Bergbaus und des Versicherungswesens in den einzelnen Bezirken zu verhindern suchen.

Die Klagen über die Soziallasten seien unbegründet, denn hätten wir nicht die Versicherung, so müßte der Lohn mindestens um den Versicherungsbeitrag erhöht werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns führt aus, daß die Mehrbelastung durch diese Vorlage vom Ministerium auf 22 Millionen Mark geschätzt werde, die Berechnung von 14 Millionen Mark, die in der Debatte genannt worden seien, sei falsch. 4 Millionen würde die Pensionsversicherung, 18 Millionen die Krankenversicherung erfordern.

In den vergangenen Jahren seien sehr hohe Rücklagen gemacht worden. Im Jahre 1924 66 Millionen, im Jahre 1925 39 Millionen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Mehrleistungen für die Versicherten würden also keine größeren Kosten verursachen, als die Regierung berechnet habe.

Die Trennung zwischen Angestellten und Arbeitern, die Abgeordneter Janichel beanstandet habe, sei nicht neu, sie bestehe auch bei den anderen Versicherungszweigen. Das Arbeitsministerium habe sich stets für die Versorgung der Familienmitglieder der Versicherten in Krankheitsfällen ausgesprochen, es sei nicht wahr, wie in der Debatte behauptet worden sei, daß die Verordnung der Regierung vom November die Familienversicherung beseitige. Davon sei den Bergarbeitern eine unangenehme Versicherung versprochen worden, dieses Versprechen müsse jetzt eingelöst werden.

Abg. Schwan (Komm.) wünscht die Einbeziehung der Saline sowie der Industrien der Steine und Erden, soweit sie nach bergbaulicher Methode betrieben werden. Notwendig sei der Anschluß der Hüttenbetriebe in die Knappschaffsversicherung.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) weist die Kostenberechnung der Unternehmerverbände als unzutreffend zurück. Das Unrecht, das von den Unternehmern durch die Aushebung oder Nichtaushebung der Familienhilfe begangen wurde, müsse jetzt durch deren gegenseitige Festlegung wieder gutgemacht werden.

Durch die Einführung von Lohnklassen werde sicherlich in einigen Jahren eine Ersparnis bei den Ausgaben für die Versicherung eintreten.

Abg. Schirmer (D. Sp.) bezeichnet die Beschlüsse des Ausschusses als einen gefunden Ausgleich zwischen den Forderungen der Unternehmer und der Arbeiter. Von einer übermäßigen Belastung der Unternehmer könne man nicht reden, den Arbeitnehmern im Bergbau bringe die Novelle wesentliche soziale Vorteile.

Abg. Stoebe (Völk.) stimmt der Vorlage zu, sie sei für den Bergbau auch in seiner jetzigen politischen Lage tragbar.

Gegen 6 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch nachmittag 3 Uhr mit der Tagesordnung: Einzelberatung der Novelle zum Reichsknappschaffsgesetz, deutsch-schwedischer Handelsvertrag, Vermögenschätzliche Auseinandersetzung mit den früheren Fürstentümern.

Beamtenfragen im Ausschuß.

Vierteljahrsgehalt ab 1927? — Gehalt und Versorgung der Minister.

Von der umfangreichen Tagesordnung im Ausschuß für den Reichshaushalt konnte in der Dienstagssitzung des Reichshaushaltsausschusses nur ein kleiner Teil erledigt werden.

Die demokratische Fraktion hatte am 29. Juli 1925 einen Antrag gestellt, nach dem mit Wirkung vom 1. September 1925 ein vierteljährliche Gehaltszahlung für die Beamten durchgeführt werden sollte. Genosse Steinopf erklärte kurz und bündig, dieser Antrag sei ein neuer Beweis dafür, wie Regierungsparteien demagogische Anträge stellen, um nach außen mit ihrer Beamtenfürsorge prahlen zu können, innerlich aber sehr zufrieden seien, wenn solche Anträge durch die Oppositionsparteien, weil undurchführbar, abgelehnt werden. Dieses Spiel werde die Sozialdemokratie nicht länger mitmachen. Wird der Antrag nicht zurückgezogen, so werden wir dafür stimmen.

Die Regierung ging mit schwerstem Geschütz gegen den Antrag vor. In einer Zeit größter wirtschaftlicher Depression und beim Vorhandensein von 1 1/2 Millionen Erwerbsloser sei die Durchführung des Antrages unmöglich.

Seine finanzielle Auswirkung betrage für Reich, Länder und Gemeinden 900 Millionen Mark.

Eine solche Anspannung der Kassenbestände sei nicht zu tragen. Selbst wenn die mehrfach besprochene Drittelung durchgeführt werde, made der erforderliche Aufwand immer noch 400 Millionen Mark aus. Aus Anlaß der jetzigen Beratung habe Preußen von neuem Einspruch erhoben. Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen hätten in Schreiben, die vorgelegt werden können, übereinstimmend erklärt, die Durchführung in ihren Ländern sei nur möglich, wenn das Reich die erforderlichen Beträge unverzüglich vorstrecke. Für die Reichsbahn werde die finanzielle Auswirkung 200 Millionen Mark ausmachen. In ihrer gegenwärtigen Situation könne die Reichsbahn solche Belastung nicht auf sich nehmen. Die Zentrumsvertreter unterstützten die Ausführungen der Regierung.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erklärte, ihr Antrag sei zu einer Zeit gestellt, als das Reich noch über große flüssige Mittel verfügte

und nur 1/4 Million Erwerbsloser vorhanden gewesen sei. Es sei nicht seine Schuld, daß die Beratung des Antrages sich so lange hingezögert habe. Wie die Dinge jetzt liegen, müsse er den Antrag zurückziehen. Große Teile der Beamtenschaft hätten bereits eingesehen, daß es ihnen keinen Vorteil bringe, wenn einseitig Beamtenfragen in den Vordergrund gestellt werden. Auch den Beamteninteressen werde am besten im Rahmen der Förderung der Gesamtwirtschaft gedient. Statt des Antrages lege er folgende Entschließung vor:

Die Regierung zu eruchen, im Reichshaushaltsplan 1927 die Mittel einzustellen, die zur Wiedereinführung der vierteljährlichen Beamtengelder — nach Maßgabe der Drittelung — vom 1. April 1927 ab erforderlich sind.

Der Kommunist Torgler nahm den zurückgezogenen Antrag mit der Änderung an, daß er statt am 1. September 1925 am 1. Juli 1926 in Kraft treten solle. In der Abstimmung wurde der Antrag Torgler abgelehnt, die Entschließung Dietrich mit großer Mehrheit angenommen.

Vom Abg. Dr. Fried und Gen. (Völk.) war ein Gesetzentwurf über Gehalt und Versorgung des Reichskanzlers und der Reichsminister eingegangen. Seine Hauptbestimmungen sind die folgenden: Reichskanzler und Reichsminister haben Anspruch auf Besoldung nach Maßgabe des Gesetzes. Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung stehen ihnen nicht zu. Reichs-, Staats- oder sonstige öffentliche Beamte, die zum Amt des Reichskanzlers oder eines Reichsministers berufen werden, haben bei ihrem Rücktritt Anspruch auf Gehalt und Versorgung nach ihrem früheren Dienstverhältnis, wie wenn die Berufung nicht erfolgt wäre. Für Reichskanzler oder Reichsminister, die Mitglieder des Reichstages oder eines Landtages sind, ruht während der Amtsdauer das Recht auf Bezug der Abgeordnetenentschädigung. Die Tendenz des Antrages wird durch die Schlussbestimmung gekennzeichnet, daß das Gesetz mit Rückwirkung vom 9. November 1918 in Kraft treten solle.

Vom Genossen Stücken wurde dem Antragsteller zugegeben, daß die Frage anders geregelt werden müsse, als sie jetzt geregelt sei. Sein Antrag würde aber eine trasse Ungerechtigkeit gegen alle diejenigen bedeuten, die unter dem parlamentarischen System als Außenminister, sei es als Minister, Staatssekretär oder sonst, in die Verwaltung hineinkämen und aus ihrem früheren Beruf herausgerissen seien.

Straßenschmutz

aller Art verschwindet bei der Wäsche spurlos und ohne Reiben, wenn Sie

Dr. Thompsons Seifenpulver

verwenden. Es ist billig und schont die Stoffe



Einzig alkalische Thermen Deutschlands

gegen Zucker, Gallensteine, Magen-, Darm-, Leber-, Nieren-, Blasenleiden, Gicht und Katarrhe

TRINK- UND BADEKUR

Weiseitige Unterhaltungen, jegliche Art Sport, Heilung durch die Karbonate, das Magnesium, das Kalzium und die Natriumcarbonate.

Bad Neuenahr

Vorzüglihe, streng diätetische Küche genau nach Vorschrift des Arztes in zahlreichen guten Hotels, Pensionen und Privathäusern.

Für Hauskuren Versand des Neuenahrer Sprudels. Rein natürliche Fällung.

Hiesige Sprudel-Niederlage: Dr. M. Lehmann, Yorkstr. 10. J. F. Seyl & Co., Charlottenstr. 66

Ausgabe

von Goldmark 150 Millionen reichsmündelsicherer Vorzugsaktien Serie IV
der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Inhaber-Zertifikaten der Reichsbank
mit vom Reich garantierter 7% Vorzugsdividende ab 1. Januar 1926
von denen

Goldmark 100 Millionen Zertifikate

jetzt zur Zeichnung aufgelegt werden

(Eine Goldmark gleich dem Gegenwert von $\frac{1}{2700}$ kg Feingold)

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist auf Grund des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 (RGBl. II, S. 272) am 11. Oktober 1924 errichtet. Sie ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts und steht nach Maßgabe der §§ 31 ff. des Reichsbahngesetzes unter der Aufsicht der Reichsregierung. Das der Gesellschaft vom Reich übertragene ausschließliche Recht zum Betrieb der Reichseisenbahnen endet am 31. Dezember 1964, vorausgesetzt, daß alsdann sämtliche Reparationsschuldverschreibungen und sämtliche Vorzugsaktien getilgt, zurückgekauft oder eingezogen sind. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist keine Aktiengesellschaft im Sinne des Handelsgesetzbuches, jedoch ist die finanzielle Gestaltung der bei Aktiengesellschaften üblichen nachgebildet.

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 15 Milliarden Goldmark, wovon

auf die Vorzugsaktien 2 Milliarden GM
auf die Stammaktien 13 Milliarden GM

entfallen.

Die Vorzugsaktien werden in verschiedenen Serien ausgegeben, die mit verschiedenen Rechten ausgestattet sein können (§ 4 [2] der Gesellschaftssatzung). Von den Vorzugsaktien sind 1,5 Milliarden GM bestimmt zur Kapitalbeschaffung für werbende Anlagen der Gesellschaft (neue Linien usw.).

Die Stammaktien werden auf den Namen des Deutschen Reichs oder auf Verlangen der Reichsregierung auf den Namen eines deutschen Landes ausgestellt.

Die Gesellschaft ist mit Reparationsschuldverschreibungen in Höhe von 11 Milliarden GM belastet. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Schuld sind feste Jahresleistungen vorgesehen, die sich für das erste Reparationsjahr, d. h. für die Zeit vom 1. September 1924 bis 31. August 1925 auf 200 Millionen GM, für das zweite Jahr auf 595 Millionen GM, für das dritte Jahr auf 550 Millionen GM stellen und vom vierten Jahr ab 660 Millionen GM betragen.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft ist das größte Betriebsunternehmen der Welt. Ihr Eisenbahnnetz einschließlich der Bahnhofsanlagen besitzt eine Ausdehnung von 53 000 km. Die zahlreichen Stationen — ihre Zahl beträgt 11 737 — sind neuzeitlich ausgestattet und unterhalten; die Gleisanlagen und die Betriebseinrichtungen, insbesondere das Sicherungswesen, sind unter Benutzung aller Erfahrungen auf dem Gebiete moderner Eisenbahntechnik ausgebaut. Es steht ein Fuhrpark von 28 200 Lokomotiven und Triebwagen, 68 500 Personenwagen, 23 000 Gepäckwagen, 707 000 Güterwagen zur Verfügung.

An baulichen Anlagen sind außer den zahlreichen Kunstbauten (Brücken, Tunnel usw.) 102 000 Wohnungen für das Personal, 85 Elektrizitätswerke, 39 Gasanstalten, 1157 Wasserwerke, 1900 Lokomotivschuppen vorhanden.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft ist das Kalenderjahr. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft sollen innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres veröffentlicht werden. Im Geschäftsjahr 1925, welches die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 31. Dezember 1925 umfaßt, stellten sich

die Betriebseinnahmen

a) aus dem Personenverkehr 1,7 Milliarden RM
b) „ „ Güterverkehr . . . 3,5 „ „
c) „ „ sonst. Einnahmequellen 0,5 „ „ 5,7 Milliarden RM

die Betriebsausgaben

a) persönliche 3,0 Milliarden RM
b) sächliche 1,9 „ „ 4,9 Milliarden RM

Mithin Betriebsüberschuß rund 0,8 Milliarden RM

der wie folgt nach der Bilanz Verwendung finden wird:

399 Millionen für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen,
113 „ „ als Zuweisung zur gesetzlichen Ausgleichsrücklage,
150 „ „ für Abschreibungen und Rückstellungen,
156 „ „ als Reingewinn.

Von diesem Reingewinn sollen 3 Millionen RM als Dividende für die bis zum Ende des Geschäftsjahres 1925 ausgegebenen Vorzugsaktien verteilt und 153 Millionen RM auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Von den Vorzugsaktien der Gesellschaft sind bisher 731 Millionen GM (Serie I, II, III) vom Reich übernommen worden, so daß zurzeit noch 1269 Millionen GM unbegeben sind. Von diesem Betrage beabsichtigt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft jetzt zur Beschaffung von Geldmitteln für den Ausbau von werbenden Anlagen der Reichsbahn (Fortführung der Elektrifizierung, Verstärkung der Brücken, Ausbau von Bahnhöfen und Werkstätten) eine Serie von 150 Millionen GM (Serie IV) auszugeben; hiervon ist ein Teilbetrag von 50 Millionen GM bereits fest mit 12monatiger Sperrfrist übernommen worden, so daß jetzt 100 Millionen GM zur Zeichnung aufgelegt werden.

Die Vorzugsaktien lauten auf den Inhaber. Sie gewähren den Anspruch auf Kapitalrückzahlung spätestens bei Ablauf des Betriebsrechts sowie auf eine Vorzugsdividende, die für die Serie IV auf 7% bemessen ist. Im Falle einer weiteren Verteilung eines Reingewinns gemäß § 25 (2) Ziffer 4 c der Gesellschaftssatzung wird $\frac{3}{4}$ auf die 2 Milliarden GM Vorzugsaktien als Zusatzdividende und $\frac{1}{4}$ auf die Stammaktien ausgeschüttet. Da das Stammkapital 13 Milliarden GM und das Vorzugsaktienkapital 2 Milliarden GM beträgt, würde die Ausschüttung einer Dividende von 1% an die Stammaktionäre die gleichzeitige Verteilung einer Zusatzdividende von $3\frac{3}{4}$ % auf 2 Milliarden GM Vorzugsaktien zur Folge haben. Die auf den nicht begebenen Teil von 2 Milliarden GM Vorzugsaktien entfallende Zusatzdividende wächst den Stammaktien zu.

Auf die Vorzugsdividende von 7% wird am 2. Januar jedes Jahres, erstmalig am 2. Januar 1927, eine Abschlagszahlung von $3\frac{3}{4}$ % des Nennbetrages der Stücke in Reichsmark geleistet. Die Zahlung der Restdividende erfolgt in Goldmark am dritten Tage

nach Genehmigung der Bilanz durch den Verwaltungsrat. (Eine Goldmark ist gleich dem Gegenwert von $\frac{1}{2700}$ kg Feingold. Dieser Gegenwert wird errechnet nach dem am 3. Werktag — oder falls an diesem Tage kein amtlicher Goldpreis veröffentlicht wird, nach dem zuletzt vor dem 3. Werktag — vor der Sitzung des Verwaltungsrats amtlich bekanntgegebenen Londoner Goldpreise und dem Mittelkurs der an diesem Tage an der Berliner Börse erfolgten amtlichen Notierung für Auszahlung London. Ergibt sich aus dieser Umrechnung für das Kilogramm Feingold ein Preis von nicht mehr als RM 2820 und nicht weniger als RM 2760, so ist für jede geschuldete Goldmark eine Reichsmark in gesetzlichen Zahlungsmitteln zu zahlen.)

Das Deutsche Reich hat sich gegenüber den Aktionären der Serie IV verpflichtet, die Zahlung der Vorzugsdividende von 7% zu garantieren. Die Reichsregierung hat ihre nach § 4 (2) der Gesellschaftssatzung erforderliche Genehmigung zu der Begebung der Vorzugsaktien der Serie IV unter Nennwert erteilt. Für den Fall einer Erhöhung des Dividenden-Steuerabzuges über 10% hat sich die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft verpflichtet, für diejenigen Vorzugsaktionäre, denen der Abzug bei der Steuerzahlung nicht angerechnet wird, den über 10% hinausgehenden Betrag selbst zu tragen.

Die Vorzugsaktien jeder Serie können vom Beginn des 16. Jahres nach ihrer Ausgabe ab ganz oder zum Teil eingezogen werden. Sollten jedoch alle Reparationsschuldverschreibungen in einer kürzeren Frist getilgt oder zurückgekauft sein, so kann die Gesellschaft auch sogleich die Vorzugsaktien einziehen.

Bei Einziehung der Vorzugsaktien vor dem 11. Oktober 1959 wird ein erhöhter Einlösungskurs gewährt, und zwar beträgt der Einlösungskurs bei Einziehung vor Ablauf des 25. Jahres nach dem Uebergang des Betriebsrechts an die Gesellschaft (also vor dem 11. Oktober 1949) 20% über den Nennwert, bei Einziehung vom 26. bis 35. Jahre nach dem Uebergang des Betriebsrechts (also in der Zeit vom 11. Oktober 1949 bis 10. Oktober 1959) 10% über den Nennwert; nach dem 35. Jahre (also nach dem 10. Oktober 1959) erfolgt die Einziehung zum Nennwert. Die Reichsregierung kann verlangen, daß die Gesellschaft von ihrem Rechte der Einziehung unter Beachtung der vorstehenden Bestimmungen Gebrauch macht, wenn das Reich ihr die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

Die Einlösung der aufgerufenen Stücke kann jeweilig nur zum 1. Juli eines jeden Jahres vorgenommen werden. Die Einlösung erfolgt in Goldmark unter Berechnung des Gegenwertes in Reichsmark nach dem für die Auszahlung der Restdividende vorgesehenen Verfahren, wobei die am 3. Werktag vor der Einlösung erfolgende Notierung der in Frage kommenden Kurse zugrunde gelegt wird (siehe oben). Der Aufruf der einzulösenden Stücke muß mindestens $\frac{1}{2}$ Jahr vor der Einlösung bekannt gemacht werden. Die Aktionäre haben für das Geschäftsjahr, in dem die Einlösung erfolgt, keinen Anspruch auf Dividende oder Zinsen.

Die Dividendenscheine und die zur Rückzahlung aufgerufenen Vorzugsaktien sind zahlbar bei der Reichshauptbank in Berlin und bei der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin.

Die Reichsbank übernimmt als Treuhänder die Verwaltung und Verwahrung der Vorzugsaktien Serie IV und gibt dafür auf den Inhaber ausgestellt, über den fünffachen, zehnfachen, hundertfachen Betrag einer Vorzugsaktie von 100,— GM lautende Zertifikate über 500,— GM, 1000,— GM, 10 000,— GM mit Dividendenbezugscheinen aus. Außerdem wird bei der Zeichnung ein Betrag bis zu 5 Millionen GM in Zertifikaten über 200,— GM für kleine Sparer ausgegeben.

Die Vorzugsdividenden und etwaigen Zusatzdividenden (vermindert um den Steuerabzug) sowie die Rückzahlungsbeträge, welche auf die durch die Zertifikate vertretenen Aktien entfallen, werden von der Reichsbank erhoben und an die Zertifikatinhaber durch die unten genannten Zahlstellen unverkürzt ausbezahlt. Außer diesen Rechten auf Dividende, Zusatzdividende und Rückzahlung steht den Inhabern der Vorzugsaktien lediglich das Recht zur Wahl für den Verwaltungsrat gemäß § 11, Ziffer 3 der Satzung zu. Dieses Recht wird für die bei der Reichsbank niedergelegten Vorzugsaktien durch den jeweiligen Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reichs, der an Weisungen der Deponenten nicht gebunden ist, ausgeübt. Die Inhaber der Zertifikate sind jederzeit berechtigt, ihre Aktien bei der Reichshauptbank in Berlin gegen Rückgabe der Zertifikate innerhalb der üblichen Geschäftsstunden am Schalter in Empfang zu nehmen.

Die Dividendenbezugscheine und die Zertifikate über zur Rückzahlung aufgerufene Stücke sind zahlbar bei der Reichshauptbank in Berlin und sämtlichen mit Kasseneinrichtung versehenen Reichsbankanstalten, bei der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), bei sämtlichen Mitgliedern des unterzeichneten Konsortiums einschließlich ihrer Niederlassungen, bei der Deutschen Verkehrs-Kredit-Bank Aktiengesellschaft in Berlin, bei der Zentralkasse der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin und bei den größeren Kassen der Reichsbahn-Direktionen.

Die Zertifikate können im Lombardverkehr mit der Reichsbank unter den Bedingungen des § 21 Ziffer 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 befehlen werden und sind auch im Lombardverkehr der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) als Deckung zugelassen.

Die Erklärung der Reichsmündelsicherheit ist für die Vorzugsaktien bereits herbeigeführt und für die Zertifikate beim Reichsrat beantragt worden.

Zum Handel an den deutschen Börsen werden lediglich die Zertifikate eingeführt werden.

Bedingungen.

Durch die unterzeichneten Bankfirmen gelangen hiermit die vorstehend bezeichneten

Zertifikate der Reichsbank über nominal 100 Millionen GM Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Serie IV, ausgegeben am 1. Juni 1926,

zur öffentlichen Zeichnung. Die Vorzugsaktien werden in Abschnitten von 100,— GM ausgefertigt. Die Zertifikate lauten über 500,—, 1000,— und 10 000,— GM Vorzugsaktien.

Bis zum Betrage von 5 Millionen GM können bei der Zeichnung auch Zertifikate über 200,— GM zugeteilt werden.

Der Zeichnungspreis für die mit voller Dividendenbezugsberechtigung für das Jahr 1926 ausgestatteten Zertifikate beträgt

95 $\frac{1}{2}$ % franko Stückzinsen.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten des Zeichners.

Zeichnungen werden in der Zeit vom Donnerstag, dem 10. Juni bis einschließlich Donnerstag, dem 17. Juni d. J. bei den in der Anlage zu dieser Zeichnungsaufforderung genannten Bankfirmen und deren Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Vorzeitiger Schluß der Zeichnung bleibt vorbehalten.

Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnungen erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen.

Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat in der Zeit bis zum 5. Juli d. J. einschließlich bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenzuteilungen, gegen deren Rückgabe später die Ausgabe der Zertifikate erfolgt.

Die Einführung der Zertifikate an den deutschen Hauptbörsenplätzen wird alsbald nach ihrem Erscheinen veranlaßt werden.

Den 5. Juni 1926.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Weimar.

Reichsbank. Preussische Staatsbank (Seehandlung).
Berliner Handels-Gesellschaft. S. Bleichröder.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.
Darmstädter und Nationalbank, Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank.
Deutsche Girozentrale — Deutsche Kommunalbank —
Deutsche Landesbankenzentrale A.-G.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Dresdner Bank. J. Dreyfus & Co.
Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
F. W. Krause & Co. Bankgeschäft Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank.
Preussische Zentralgenossenschaftskasse.
Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft.
Braunschweigische Staatsbank (Leihhausanstalt).
E. Helman. Gebr. Arnhold. Sächsische Staatsbank.
Barmer Bankverein Hinsberg, Fischer & Comp.
Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Simon Hirschland. Gebrüder Bethmann.
Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank.
Lincoln Menny Oppenheimer.

Lazard Speyer-Ellissen. Jacob S. H. Stern.
L. Behrens & Söhne. Norddeutsche Bank in Hamburg.
Vereinsbank in Hamburg. M. M. Warburg & Co.
Velt L. Homburger. Straus & Co. A. Levy.
Sal. Oppenheim jr. & Cie. J. H. Stein.
A. Schaaffhausen'scher Bankverein A.-G.
Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Rheinische Creditbank.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank.
Bayerische Staatsbank. Bayerische Vereinsbank.
Merck, Finck & Co. Thüringische Staatsbank.

Zeichnungen nehmen in Berlin entgegen:

Reichsbank, Zeichnungsabteilung, Breite Straße 8/9.
Preussische Staatsbank (Seehandlung). Gebr. Arnhold.
Berliner Handels-Gesellschaft. Berliner Stadtbank.
Girozentrale der Stadt Berlin. S. Bleichröder.
Brandenburgische Girozentrale.
Brandenburgische Kommunalbank.
Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft.
Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Delbrück Schickler & Co. Deutsche Bank.
Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank, Börsenabteilung Berlin.
Deutsche Girozentrale. Deutsche Kommunalbank.
Deutsche Landesbankenzentrale A.-G.
Deutsche Verkehrs-Kredit-Bank, Aktiengesellschaft.
Direction der Disconto-Gesellschaft.
Dresdner Bank. J. Dreyfus & Co.
Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung.
F. W. Krause & Co. Bankgeschäft Kommanditgesellschaft auf Aktien.
Kör- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehenskasse.
Mendelssohn & Co. Mitteldeutsche Creditbank.
Preussische Zentralgenossenschaftskasse.
Reichs-Kredit-Gesellschaft, Aktiengesellschaft.
A. E. Wassermann.

Unterhaltung in der Eisenbahn.

Von Fedor B. Ijagin.

(Einzig berechtigte Uebersetzung von Siegfried von Begefac.)

(Schluß.)

III.

Am Ende des Ganges hatte der Schaffner auf einem Bänkehen und schlief.

Der Russe packte ihn am Kragen und rüttelte ihn unsanft wach. Als dieser erschrocken aufsprang, sagte der Russe barsch:

„Du hast mich vorhin gewacht, ich kann nicht mehr einschlafen. Auch der Herr dort langweilt sich. Verschaff uns Mädchen!“

„Ganz wie Euer Hochwohlgeboren befehlen. Und wieviel?“

„Zwei Stück. Aber nicht zu alte, — hörst du? Und keine Heppenstangen. Rundliche!“

„Wie Euer Hochwohlgeboren befehlen! Wir haben verschiedene in der dritten Klasse. Am besten, wenn die Herren mitkommen und sich selbst was Passendes aussuchen!“

„Gut, wir kommen mit.“

Der Schaffner schritt voran mit der Laterne.

Nachlässig und zugleich huldvoll, wie ein Fürst, der seinen Untergebenen eine Gnade erweisen will, folgte ihm der Russe. Mergelich, aber doch aufs Keuferste gespannt und erregt schlich der Deutsche hinterdrein.

Nachdem sie vier Wagen erster und zweiter Klasse durchschritten hatten, langten sie endlich in einer dritten Klasse an. Eine dumpfe, säuerlich-verbrauchte Luft schlug ihnen wie eine Faust entgegen. Es war öblig finster.

Der Schaffner ging von einer Bank zur anderen und leuchtete bald hierhin, bald dorthin. Ueberall lagen Männer, Weiber und Kinder und schliefen.

Endlich blieb der Schaffner vor der achten Bank stehen und fragte flüsternd:

„Wie gefällt Ihnen diese?“

Der Russe trat näher:

„Zeig mal her!“

Der Schaffner leuchtete mit der Laterne. Ein rundlich-rotes Weibergesicht, umrahmt von einem weißen Kopftuch, bewegte sich unruhig im Schläfe.

„Ja, nicht übel. Zeig mal noch die andere hier,“ und der Russe wies auf eine weibliche Gestalt, die auf der Bank nebenbei ausgestreckt lag.

Der Schein der Laterne glitt über ein nach unten gekehrtes Gesicht mit gelösten schwarzen Haaren.

„Dreh sie mal um!“ befahl der Herr streng.

Der Schaffner packte das Weib an der Schulter und bog sie zurück. Ein stumpfnäsiges, ganz appetitliches Gesichtchen kam zum Vorschein.

„Ein niedliches Gesichtchen,“ schmunzelte der Schaffner. „Ist sie nicht schön?“

„Bring uns beide,“ entschied sich der Herr wohlwollend, und trat mit dem Deutschen, der ängstlich am Eingang stehengeblieben war, den Rückweg an. Im Fortschreiten hörten sie noch die eifrig flüsternde Stimme des Schaffners:

„Sieh auf, sieh auf! Die Herren warten auf dich! Du wirst hübsches Geld bekommen!“

„Nun, was sagen Sie dazu?“ fragte der Russe den Deutschen, als sie in ihrem Abteil angelangt waren.

„Ob sie wirklich kommen werden?“ meckerte der Deutsche, durch den Redeiro animiert. „Aber nett wäre es doch!“

„Sie werden kommen,“ sagte der Russe gelassen. „Und können Sie so etwas in Ihrem Deutschland haben? Sie sehen: bei uns ist alles möglich!“

Es klopfte.

„Herrein!“

Der Schaffner öffnete die Tür: „Die Damen sind hier!“

„Dass sie nur eintreten!“ befahl der Russe.

Zwei verummte weibliche Gestalten mit tief über das Gesicht gezogenen Kopftüchern schlüpfen herein.

Der Schaffner schloß die Tür.

IV.

Als der Zug sich nach einer halben Stunde Woronjesch näherte, puzte der Deutsche sorgfältig die Gläser seines Kneifers. Der Russe leerte die Madetrassflasche und warf sie zum Fenster hinaus. Dann sagte er:

„Es bleibt doch immer ein Kortengeschmack im Munde. Aber für die Fahrt war es doch gut genug. Diese Eisenbahngeschöpfe sind wie aus Holz, und nicht gefügig!“

„Ja, und nicht teuer. Mit fünfzig Kopeten war sie schon zufrieden. In Charkow zahlte ich das letztmal zwei Rubel. Man wird in Zukunft mit der Bahn fahren müssen, nur um Geld zu sparen!“ meckerte der Deutsche, und setzte sich den Kneifer auf. Dann holte er die angerauchte Zigarre, die er sorgfältig aufgehoben hatte, aus der Tasche und zündete sie an.

„Habe ich nicht recht gehabt, daß das Reisen bei uns in Rußland angenehmer und unterhaltender ist als bei euch in Deutschland? Man zahlt, — und hat alles!“ fragte der Russe und lehnte sich nachlässig zurück.

„Aber wo bleibt die Moral? Die Sittlichkeit? Die Menschenwürde?“ entrüstete sich der Deutsche. „Ein großer Dichter hat gesagt: am deutschen Wesen wird die Welt genesen! Auch Rußland wird nur durch uns Deutsche gesund werden!“

Der Russe schmiegt. Er sah den Deutschen an und lächelte.

Der Zug hielt.

Der Deutsche nahm seine Sachen, grüßte und trat auf den Korridor.

Der Schaffner, an dem er hastig, wie mit schlechtem Gewissen, vorbeiritt, legte in freundlicher Erwartung die Hand an die Röhre.

Über der Deutsche hatte offenbar keine Zeit. Er sah sich in seiner Menschenwürde an keine nächtlichen Dienste zu erinnern und entfernte sich selbstbewußt, ein wenig wippend, auf dem Bahnsteig.

Der Schaffner sah ihm verärgert nach. Dann spuckte er aus.

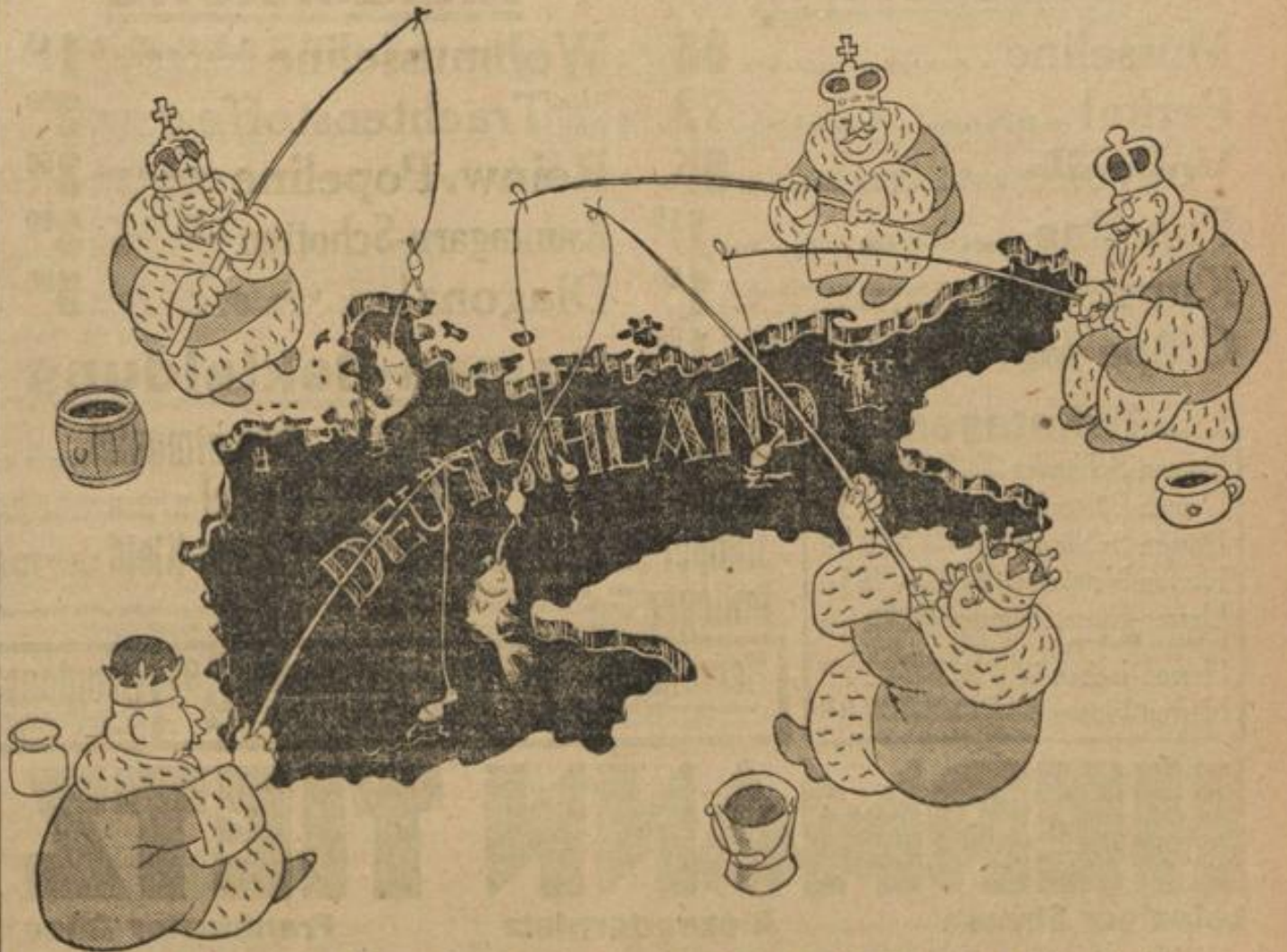
V.

„Rein, diese Geschichte ist nicht nur unmoralisch, — sie ist einfach erlogen. Wo hat man so etwas gehört, daß man sich im Zuge einfach Mädchen holt, und dazu noch durch den Schaffner? Wenn es wenigstens eins gewesen wäre, — aber gleich zwei auf einmal!“

„Aber es waren doch zwei Herren, — da wäre der eine zu kurz gekommen. Man muß gerecht sein.“

„Rein, so etwas ist selbstbei uns in Rußland nicht möglich.“

Angeln verboten!



Die deutschen Fürsten am Uferstrand
Angeln nach fetten Fischen.
Die köstlichsten Karpfen mit gleriger Hand
Möchten sie gerne erwischen.

Michel, wach' auf aus der seligen Ruh',
Geig' ihnen den Marsch nach Noten
Und rus' der gefrässigen Sippchaft zu:
„Weg hier! Angeln verboten!“

Ich weiß, es gibt solche Häuser, wo man für Geld... Und auch solche Mädchen, die man für Geld... Aber das alles geschieht doch mit Ordnung, mit Polizei, mit Kerzen usw. Wenn es auch traurig ist, so ist es doch nicht zu ändern. Aber im Zuge, in der Staatsbahn, die doch sozusagen nur dem öffentlichen Verkehr dient, und dazu mit Hilfe, unter Aufsicht eines Schaffners, eines Staatsbeamten, — das ist einfach nicht möglich!“

Zur Frage des Geschlechtsverhältnisses.

Die Geschlechtsverteilung und ihre Unregelmäßigkeit war schon seit jeher neben der Geschlechtsbestimmung ein Problem, das die Wissenschaftler lebhaft beschäftigte. Während die Geschlechtsbestimmung in ihrer Lösung grundsätzlich schon bekannt ist, hat die Geschlechtsverteilung eine befriedigende Lösung noch nicht gefunden. Das gewisse Gesetzmäßigkeiten gelten müssen, war schon lange bekannt; denn die Geschlechtszahlen der Geburten halten sich ziemlich in der Waage, gleichgültig ob das Individuum von tierischer oder pflanzlicher oder gemischter Art, oder in einer kalten oder in einer warmen Zone lebt. Diese Gesetzmäßigkeit ist aber durchaus keine 1:1 ausgeglichene, wie sie sich bei einer alleinigen Auswirkung der Zufallsgelege stellen müßte. Ein Geschlechtsverhältnis 1:1 findet sich weder bei Menschen noch bei irgend einer anderen unter-luchten Art. Die Abweichungen sind sehr verschieden, aber, was das Wesentliche ist, bei der einzelnen Art konstant! Es fanden sich z. B. folgende Verhältniszahlen:

	weiblich	männlich
Mensch	94	100
Schwein	111,8	100
Hind	107,8	100
Schaf	97,7	100
Pferd	99,7	100

Das angegebene Geschlechtsverhältnis beim Menschen schwankt naturgemäß innerhalb gewisser Grenzen. Eine gewisse Konstanz scheint aber noch nach Land und Volk innerhalb dieser Schwankungen vorhanden zu sein. So wird angegeben, daß in England auf 100 neugeborene Mädchen 103,6 Knaben, in Spanien jedoch 108,3 entfallen.

Nun ist allerdings ein wesentlicher Punkt hierbei, daß die eingehende Sterblichkeit das Bild verdrängen kann. So wird angegeben, daß beim Menschen im ersten Lebensjahre auf 100 tote Mädchen 126 tote Knaben kommen, auf 100 totdoborene Mädchen kommen sogar 130 totdoborene Knaben. Diese Zahlen zeigen, daß das Verhältnis durch die höhere Sterblichkeit der männlichen Individuen gewaltig verschoben wird. Weitere sozialpolitische Ursachen (Krieg, Unfall usw.) tun ein übriges, daß letzten Endes das Verhältnis ein umgekehrtes wird und ein Frauenüberschuss eintritt, der bei der Diskussion der Ehe ein wesentliches Problem bildet.

In jedem Falle aber besteht ein Ueberwiegen der Knabengeburt, und das ist sehr scharf beobachtende populäre Auge hat daraus auch impulsiv Gesetzmäßigkeiten zu folgern gewußt. Einflüsse eines Krieges, der Zahl der Kinder, des Alters der Eltern, der Ernährung, des Robitationstermines usw., Einflüsse, die oft auch wissenschaftlich eine lebhaft Diskussion, wie z. B. der Einfluß des Robitationstermines, hervorgerufen haben.

Mit der Entwicklung der modernen Erblichkeitslehre, die gewisse Substanzen der Geschlechtszellen als Träger der Vererbungs-substanzen erkannte, klärte sich das Problem der Geschlechtsbestimmung, das dann naturgemäß mit dem Geschlechtsverhältnis in Beziehung gebracht wurde. Man hatte erkannt, daß der Mensch zweierlei Arten

von Samen bildet, sogenannte weiblich bestimmende und sogenannte männlich bestimmende. In Uebereinstimmung mit gewissen experimentellen Tierversuch-Ergebnissen, diskutierte man die Tatsache des Knabenüberschusses derart, daß man den männlich bestimmenden Spermatozoen eine größere Beweglichkeit, eine lebhaftere Energie zuschrieb, die ihnen einen Vorsprung vor den weiblich bestimmenden gäbe.

Genauere statistische und familienkundliche Forschungen aber ließen diese Hypothese sich nicht halten, wenigstens nicht für sich allein. Zunächst zeigte es sich, daß das Geschlecht der Kinder doch nicht ganz so einfach vom Manne her bestimmt wird, denn es fand sich ein sehr auffällendes Ansteigen der Knabenziffer mit dem Alter der Mutter, während sich von der väterlichen Seite keine solche Staffelung nachweisen ließ. Es verhielten sich nämlich Mädchengeburt zu Knabengeburt bei einem Alter der Mutter:

Mädchengeburt		Knabengeburt	
Bis zu 25	wie 100	110	
„ 30	100	111	
„ über 30	100	124,5	

Weiter errechnete man, daß das Durchschnittsalter der Mutter bei Knabengeburt 30 Jahre, bei Mädchengeburt dagegen 28 Jahre beträgt. Die Differenz ist groß genug, um im gleichen Sinne für einen weitgehenden Einfluß des Gebäralters der Frau gewertet werden zu können.

Weitere statistische Untersuchungen zu diesem Moment wiesen eine vererbare Anlage zu erhöhter Zahl von Knabengeburt nach. Es wurden z. B. 1796 Familien mit erstgeborenen Knaben bzw. mit erstgeborenen Mädchen untersucht. Dabei zeigte es sich, daß die Familien mit erstgeborenen Knaben ein Geschlechtsverhältnis von Mädchen zu Knaben wie 100:124,4 zeigten, während in den Familien mit erstgeborenen Mädchen das Verhältnis normal, nämlich wie 100:104, sich verhielt. Es liegt also der Schluß auf eine vererbare Anlage zu erhöhter Zahl von Knabengeburt sehr nahe.

In der Entwicklung eines ganzen Volkes wird ein theoretisch ausgeglichenes Verhältnis aber noch durch ein weiteres Moment stark verschoben. Es ist eine Tatsache, daß, je höher eine Volksgemeinschaft entwickelt ist, um so stärker die Geburtenbeschränkung einsetzt und um so stärker. Diese Geburtenbeschränkung erwirkt aber ebenfalls mit Sicherheit eine Verschiebung zugunsten der Knabenziffer. Denn jede Familie wünscht sich meist in erster Linie einen männlichen Nachkommen. Ist dieser „Stammhalter“ da, so erlischt meist der weitere Fortpflanzungswunsch. Es ist das zwar statistisch noch nicht nachgewiesen, aber die Vermutung ist sehr sicher, daß die willkürlichen Einkindererben meist durch einen Sohn charakterisiert sind. Durch eine Geburtenbeschränkung erfolgt also eine Verschiebung des Geschlechtsverhältnisses zugunsten der Knabenziffer.

Fassen wir zusammen, so kann die Frage des Geschlechtsverhältnisses dahin beantwortet werden, daß eine vererbare Anlage zu einer erhöhten Zahl von Knabengeburt besteht, die sehr stark an das Alter der Frau gebunden ist. Mit zunehmendem Gebäralter scheint die Knabenziffer anzusteigen. Der Vater ist zwar die eigentliche Ursache des Geschlechtsverhältnisses, indem er männlich und weiblich bestimmende Samen produziert, aber die Auswirkung dieser eigentlichen Ursache hängt von den Erbanlagen der Mutter ab.

J. Gr.

Der Atem der Lokomotiv. Das Auspuffen der Lokomotiven, das jeder auf den Bahnhöfen beobachten kann, steht hinsichtlich der Zahl der Auspuffe in einem bestimmten Verhältnis zum Umfang der Triebäder. Unabhängig von der Geschwindigkeit erfolgen in der Regel vier Auspuffe bei jeder Drehung der Triebäder. Bei einem normalen Raddurchmesser und einer Stundengeschwindigkeit von 75 Kilometer erfolgen 850 Auspuffe in der Minute oder 52 800 in der Stunde. Die Triebäder machen in einer Stunde 13 200 Umdrehungen.

